

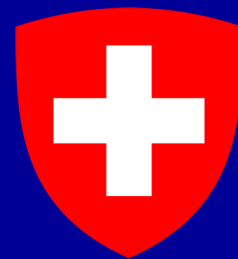
SVMMARVM

UNABHÄNGIGES THEMENMAGAZIN

HERAUSGEBER ROLAND KELLER

Gotthard Frick

Economist & business administrator Dipl. «Sciences Po» & Sorbonne, Paris.



**Sicherheitsbericht 2018
ohne Illusionen**

Sicherheitsbericht 2018 - ohne Illusionen

Inhalt

	Seite
1 EINLEITENDE GEDANKEN UND FAKTEN	2
1.1 Wichtigste Triebkräfte der heutigen Entwicklung	2
1.2 Was ist eine „kriegsverhindernde“ Armee laut Art. 58 Bundesverfassung?	3
1.3 Fakten zur Schweizer Armee	4
1.4 Die Welt weiss: Die Schweiz hat keine ernst zu nehmende Armee mehr	5
1.5 Ist ein baldiger Krieg möglich?	6
1.6 Die Kriegsmittel der grossen Mächte	6
1.7 Das Bild des künftigen Krieges	7
1.8 Warum die Schweiz in einen nächsten Krieg in Europa mit hineingerissen wird	7
1.9 Die Schweiz wird nicht mehr als „neutral“ wahrgenommen	8
2 ECKPFEILER UND GRUNDSÄTZLICHES	8
2.1 Die menschliche Natur	8
2.2 Staaten haben nur Interessen	8
2.3 Krieg und mit Gewalt verbundene Zusammenbrüche	8
2.4 Die ewige staatliche Hauptaufgabe	9
2.5 Die Schweiz hatte die einzige moralisch vertretbare Armee	9
2.6 Bewaffnete Neutralität	9
2.7 Sollen Menschen anderer Völker für uns sterben?	10

Sicherheitsbericht 2018 - ohne Illusionen

Inhalt

	Seite
3.	
DIE SICHERHEITSPOLITISCHE LAGE	10
3.1.	10
Geopolitische Spannungsherde	
3.1.1	10
Europäische Vergangenheit	
3.1.2	11
Ablösung Europas durch die USA	
3.1.3	12
China	
3.1.4	13
Russland	
3.1.5	15
Indien	
3.1.6	16
Japan	
3.1.7	16
Singapur	
3.1.8	17
Nordkorea	
3.1.9	17
Weitere geopolitische Spannungsherde	
3.2.	18
WEITERE SPANNUNGSHERDE	
3.2.1	18
Bevölkerungszunahme	
3.2.2	19
Armut	
3.2.3	19
Umnutzung und Verlust landwirtschaftlicher Böden	
3.2.4	19
Aufkauf der Rohstofflagerstätte	

	Seite
3.2.5 Zugängliches Süswasser wird knapp	20
3.2.6 Überfischung	20
3.2.7 Wachsende Müllberge, Boden-, Luft- und Wasserverschmutzung	21
3.2.8 Megaverstädterung	21
3.2.9 Verschuldung	21
3.2.10 Unabsichtlich ausgelöster Atomkrieg	22
3.2.11 Terrorismus, organisierte Kriminalität u. andere potentielle Spannungsherde	22
4.FORDERUNGEN	23
4.1. Allgemeine Forderungen	23
4.1.1 Neutralität	23
4.1.2 Wehrpflicht und Miliz	23
4.1.3 Mobilmachung	23
4.1.4 Dienstpflicht	23
4.1.5 Führung	23
4.1.6 Stationierungskonzept, Lagerung von Waffen, Munition, Fahrzeugen, Ausrüstung. Keine Entsorgung von Anlagen und Ausrüstung	24
4.1.7 Kommunikation	24
4.1.8 Volle Kontrolle über eigene Waffensysteme	24
4.1.9 Beschaffungswesen	24
4.1.10 Sofortiger Aufbau einer Nationalgarde	24
4.2 Wiederaufbau einer verfassungsmässigen Landesverteidigung	25
4.2.1 Armeebestand sofort auf 220'000 Mann aufstocken	25
4.2.2 Eine Armee für den künftigen Krieg	26
4.2.3 Die neue Konzeption „NAGELBRETT“	26
Nutzungsbestimmungen der „BASLER LIBERALEN NACHRICHTEN“	



Sicherheitsbericht 2018

Gotthard Frick

Economist & business administrator Dipl. „Sciences Po“ & Sorbonne, Paris.

Sicherheitsbericht 2018 ohne Illusionen

In dieser Schrift wird „WEA“ für den Prozess der laufenden Zerschlagung der Armee verwendet.

WEArmee wird für die noch wenigen verbleibenden Truppen verwendet.

Als Schweizerbürgerinnen und –bürger leben wir im weltweiten Vergleich seit einigen Jahrzehnten in einem einmaligen Luxus. Auch der Verfasser freut sich darüber. Wir sind sogar der Souverän unseres Landes, die höchste politische Instanz. Wir haben bei den wichtigen Fragen das letzte Wort, wie früher nur Kaiser und Könige. Auch das ist weltweit einmalig. Aber da der Souverän über das Schicksal seines Landes entscheidet, muss er sehr verantwortungsvoll, leistungsbereit und gut informiert sein, besonders über Sicherheitsfragen. Darüber hinaus muss er bereit sein, sich für sein Land einzusetzen, Anstrengungen auf sich zu nehmen, auch Mühsames und Unangenehmes. Aber er darf sich

durchaus auch des guten Lebens erfreuen.

Alles was in der Welt geschieht, auch jeder Krieg, ist das Resultat jahrelanger Entwicklungen. Deshalb müssen wir, der Souverän, die grossen Zusammenhänge und langfristigen Entwicklungen und wohin sie führen könnten, kennen, damit wir die richtigen Entscheide fällen. Es gab immer wieder Könige, Souveräne, die nur noch im Luxus schwelgten, ihre Aufgabe nicht mehr wahrnahmen, nicht mehr die Zukunft ihrer Staaten sicherten. Meistens gingen sie zusammen mit ihren Staaten unter.

In dieser Schrift wird die Weltlage dargestellt, soweit sie unsere Sicherheit betrifft. Seit Ur-Zeiten ist es die wichtigste Aufgabe jedes Staates, seine Sicherheit und die seiner Einwohner zu gewährleisten. Aber sie ist eines der Themen, das unser Volk, den Souverän, seit einiger Zeit nicht mehr zu interessieren scheint. Die Konsequenzen könnten verheerend sein.

Sie sind wohl erstaunt, im Twitterzeitalter, in dem nur noch Kurzmeinungen

verbreitet werden, noch einen längeren geschriebenen Text zu erhalten. Aber ich glaube an das Verständnis der grossen Mehrheit unserer Bürger/Innen. So wissen sicher auch Sie, dass man sich nur nach dem Lesen umfassender Informationen und gestützt auf die eigene Lebenseinstellung und selbständiges Nachdenken für diese oder jene Meinung entscheiden kann. Ich hoffe selbstverständlich, dass Sie sich dann in Diskussionen und in Volkabstimmungen für eine „Kriegsverhindernde“ Armee laut Art. 58 der Bundesverfassung einsetzen. Nun zuerst einige Bemerkungen im Voraus.

1. EINLEITENDE GEDANKEN UND FAKTEN

1.1. Wichtigste Triebkräfte der heutigen Entwicklung

Die Erde ist weder lieb noch böse. Eine riesige Zahl von Lebewesen ist auf ihr entstanden. Jedes hat nur ein Leben und tut alles, um es möglichst gut zu

verbringen.

Wir leben in einer Zeit, in der eine neue Weltordnung entsteht. Wie sie aussehen wird, wissen wir nicht. Solche Umwälzungen sind immer mit grossen Spannungen verbunden. Für unser Thema von grosser Bedeutung ist die Konkurrenz der grossen Mächte USA, China, Russland und zunehmend auch Indien. Viele Leser werden zu einigen in diesem Bericht untersuchten Weltgegenden sagen, die seien so weit weg, dass uns selbst ein kriegerischer Konflikt oder andere gewaltsame Ereignisse dort nicht berührten (z.B. zwischen China und Indien). Aber regionale Konflikte in weit entfernten Gegenden können in der globalisierten Welt auch uns rasch betreffen, wenn z.B. die USA einem ihren weit entfernten Bündnispartner in einem regionalen Konflikt militärisch beistehen. (Wie viele Familien in Kalifornien meinten beim Ausbruch der beiden Weltkriege erleichtert, das sei alles so weit weg, dass sie nicht betroffen würden? Kurz darauf fielen ihre Söhne auf den Schlachtfeldern Europas und Asiens).

Andere fundamentale Entwicklungen, die möglicherweise zu einem Paradigmenwechsel führen, neben den zahlreichen anderen hier untersuchten, können zu tiefgreifenden Veränderungen der menschlichen Gesellschaft führen, mit heute noch unabsehbaren Folgen. Wir alle hören von den Anstrengungen, das Leben auf der Erde, das sich autonom über Milliarden von Jahren entwickelte, mit Hilfe der Wissenschaften in dieser oder jener Richtung

weiterzutreiben, und möglicherweise die Kontrolle darüber und über das Individuum zu gewinnen. Man hat bereits begonnen, elektronische Elemente in den menschlichen Körper zu integrieren. Die Entwicklung elektronisch gesteuerter Wesen und die immer mehr Bereiche erfassende Digitalisierung sind bereits voll im Gang.

Niemand kann in die Zukunft sehen. Was hier besprochen wird, sind denkbare Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten, keine Prophezeiungen. Aber als Souverän müssen wir sie zur Kenntnis nehmen und Massnahmen treffen, um zu verhindern, dass wir in einen Krieg oder gewaltsame Zusammenbrüche anderer Art in Europa mit hineingezogen werden. Wir wissen, dass das für uns eine Katastrophe ohnegleichen wäre.

1.2.

Was ist eine „kriegsverhindernde“ Armee laut Art. 58 der Bundesverfassung?

Das ist eine Armee, die so stark ist, dass jede Kriegspartei bei ihrer Kosten-Nutzenanalyse vor dem eventuellen Entscheid zum Angriff zu einem negativen Schluss kommt, wie alle Kriegsparteien im 2. Weltkrieg. Dazu einige Beispiele. Der französische Generalstab prüfte schon 1937 eine Besetzung der Schweiz, um ggf. Deutschland zuvor zu kommen. In seiner Studie vom 20. Juni 1937 kam er zum Schluss,

dass die Armee nach der von Bundesrat Minger veranlassten Aufrüstung wesentlich stärker und moderner sein werde („...de renforcer considérablement la puissance militaire du pays...“), und dass deshalb jede Operation durch die Schweiz problematisch werde. Der deutsche Generalstabschef Franz Halder prüfte Anfang 1940 für beide Kriegsparteien (also auch für Frankreich) einen Angriff auf deren jeweiligen Feind durch die Schweiz. Wegen unserer Armee schloss er diese Möglichkeit sowohl für Frankreich wie auch Deutschland aus, fügte aber seinem „Kriegstagebuch“ im März 1940 noch die Bemerkung an: Dass eine Umgehung der Front „durch eine unverteidigte Schweiz eine verlockende Möglichkeit wäre“. Heute haben wir durch die Abschaffung der Landesverteidigung diese verlockende Möglichkeit geschaffen.

Auch der deutsche General der Panzertruppen, Franz Böhme, kam 1943 in seiner Angriffsplanung zum Schluss: „Die Bezwingung der sich erbittert verteidigenden Truppen im Hochalpenreduit wird eine schwer zu lösende Aufgabe darstellen“. Im Herbst 1944 blieben die Alliierten lange an der deutschen Front in Frankreich stecken. Stalin forderte ultimativ, sie sollten Deutschland aus Frankreich durch die Schweiz angreifen. Dazu nahm die oberste militärische Führung der USA in einem Telegramm an das Hauptquartier in Europa (General Eisenhower) wie folgt Stellung: „Die Schwierigkeiten des Geländes und die bekannten Fähigkeiten der kleinen,

aber effizienten, auf ihrem eigenen Boden kämpfenden Schweizer Streitkräfte würden das Projekt aus militärischer Sicht zweifelhaft machen (doubtful).“ (Der Verfasser hat eine Fotokopie des Telegramms). Mit anderen Worten, die mächtigste Armee der Welt zweifelte daran, ob sie uns innert nützlicher Frist besiegen könne. Seit fast 200 Jahren hat uns diese Beurteilung unserer Landesverteidigung durch die Kriegsparteien vor dem Einbruch in einen Krieg in Europa bewahrt, obschon auch unsere Schwächen erkannt wurden.

1.3.

Fakten zur Schweizer Armee

Ist sich unser Volk eigentlich bewusst, dass der Bundesrat – Art. 58 Bundesverfassung hin oder her in den Unterlagen zur WEA selber sehr deutlich sagte, unsere Armee solle nicht mehr über die „Verteidigungsfähigkeit“ verfügen, also Land und Leute nicht mehr vor einem Angriff schützen und im Falle eines Angriffs verteidigen können? Sie soll sich nur noch auf „den Erhalt und die Weiterentwicklung der Verteidigungskompetenz“, das „savoir-faire“ beschränken, und zwar „im kleinstmöglichen Umfang“. Das heisst, nur noch ein paar Bataillone sollen wissen, wie wir kämpfen würden, hätten wir noch eine Armee. Und laut der „Militärdoktrin der Schweizer Armee“, publiziert in der Military Power Revue des Chefs der Armee vom 02/2013 gilt: „Die Verteidi-

gungsfähigkeit wird nur nach einem politischen Entscheid sowie einer längeren Vorbereitungszeit erreicht. Es soll nur noch eine kleine Zahl den Erhalt und die Entwicklung des für die Abwehr eines militärischen Angriffs notwendigen Knowhows garantieren.“ Kann man im Zeitalter von Interkontinentalraketen, Cyberkrieg, Hyperschall und Weltraumwaffen u.a. eine konkrete Bedrohung überhaupt noch im Voraus feststellen, bevor der erste Angriff schon stattgefunden hat? Ist die heutige Sicherheitslage nicht sehr bedrohlich und würde sie nicht dringend Sofortmassnahmen zur Verstärkung unserer Landesverteidigung erfordern? Laut Bundesrat soll die WEA über einen Zeitraum von mehr als 10 Jahre umgesetzt werden. So soll die Schweiz erst 2030 wieder über eine minimale Luftwaffe, etwas früher über eine Luftabwehr verfügen. Bis dann kann ein Krieg in Europa schon lange vorbei sein. Wir werden noch lange keine, vielleicht nie mehr eine nennenswerte Luftwaffe und keine wirkungsvolle Luftabwehr haben. Sogar im Sicherheitsbericht 2016 (SIPOL) des Bundesrates steht, ohne diese Mittel hätten unsere Bodentruppen kaum Chancen. Die WEArmee, falls sie wirklich voll ausgerüstet würde, wird an Kampftruppen in den mechanisierten Brigaden 1 & 11, eigentlich nur verstärkte Regimenter, insgesamt über 2 Panzerbataillone, 4 mechanisierte Bataillone und zur Feuerunterstützung über 2 ArtillerieAbteilungen verfügen (weitere 2 ArtillerieAbteilungen in der mechani-

sierten Brigade 4, die trotz ihres Namens eine Aufklärungs- und keine Kampftruppe ist). Sie haben keine Fliegerabwehrwaffen. Dazu kommen noch einige Unterstützungstruppen, z.B. zum Bau von Brücken, aber nicht zum Kämpfen. Wir können hier nicht alles zitieren, was der Bundesrat zur Zerschlagung der Armee laut und deutlich gesagt hat. Nur noch soviel:

„Die Ausrüstung der für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Verteidigungskompetenz vorgesehenen Verbände wird in Zukunft noch stärker als bisher nur in einer für die Ausbildung benötigten Menge erfolgen“.., also nicht für den Kriegsfall. „Bei gewissen... Systemen werden nach wie vor einige Ausrüstungslücken bestehen, diese können jedoch in Kauf genommen werden, weil die Verbände in den allermeisten Fällen nicht alle gleichzeitig eingesetzt werden. In länger dauernden Einsätzen werden neu eingesetzte Kräfte das von der Logistikbasis instandgesetzte Material abgelöster Verbände übernehmen“. Und was, wenn doch alle Verbände gleichzeitig eingesetzt werden müssten? Werden auch Verbände, die gar nicht voll ausgerüstet werden können, in den Kampf geschickt? Wird es ein Gegner zulassen, dass wir grosse Mengen an Material im Lande herumschieben, um es zuerst wieder instand zu stellen und dann wieder zurück zu schieben, um frisch mobilisierte Truppen damit auszurüsten? Wird er die fünf Logistikbasen an ihren bekannten Standorten nicht sofort zerstören?

Weiter soll die WEArmee noch 17 Infanteriebataillone haben, die zur Unterstützung der zivilen Behörden bei Rufen (Murgängen), Überschwemmungen, Katastrophen usw. gedacht sind. Sie sollen laut Bundesrat nur über „beschränkte Fähigkeiten“ zur Verteidigung verfügen. Deshalb haben sie keine schweren Mittel zur Luft oder Panzerabwehr (nur kleinkalibrige Minenwerfer und schultergestützte leichte Panzerabwehrwaffen. Ob sie schwere Mittel bekommen sollen, ist ungewiss). Auch die 4 „Territorialdivisionen“, von der Grösse her eigentlich nur Regimenter, zu denen diese Bataillone gehören, haben gar nichts, um die Infanterie vor Luft oder Panzerangriffen zu schützen oder mit Feuer zu unterstützen. Deshalb muss die Infanterie – immer in den Worten des Bundesrates nur „in der Lage sein, die Hauptachsen zu überwachen und die Nebenachsen zu schützen und zu sperren“. Jeder potentielle Feind freut sich, die Hauptachsen unverteidigt für seinen Vorstoss zur Verfügung zu haben, denn die verbleibenden 6 Kampfbataillone können alle unsere grossen Achsen nicht sperren. Diese Infanteristen sind „Kanonenfutter“. Es ist unverantwortlich, Bürgern, die noch bereit sind unser einmaliges Land zu verteidigen, so etwas zuzumuten.

Man muss gar nichts von Armeen und Krieg verstehen, um zu begreifen, dass die WEArmee den Einbezug unseres Landes in einen Krieg nicht verhindern kann. Sogar im Falle grösserer terroristischer Bedrohungen oder von grossflächigen, mit Gewalt verbundenen Zu-

sammenbrüchen in unserer Nachbarschaft, kann sie unser Volk und die vielen kritischen Anlagen nicht mehr schützen (Spitäler, Atom- und andere Kraftwerke, Staumauern, Schaltzentralen, entscheidend wichtige Hochspannungsleitungen, Strassen und Eisenbahnbrücken, Bahnhöfe, Flughäfen, die Rheinhäfen, die grossen Benzin und anderen Tanklager, Trinkwasserquellen und –speicher, Lebensmittellager, die Regierungsgebäude usw.). Die geplante „schnelle“ Mobilmachung von 35'000 Wehrmännern innert 10 Tagen ist angesichts der Fähigkeit grosser fremder Armeen zu weitreichenden Vorstössen innert dreier Tage ab Alarmierung eine illusorische Massnahme zur weiteren Täuschung des Volkes.

All das begründet der Bundesrat mit seinem Sicherheitsbericht SIPOL 2010, der sich auf die Sicherheitslage kurz nach dem Jahr 2000 stützt. Damals zutreffend schrieb der Bundesrat dazu: „Nach dem Kalten Krieg haben die russischen Streitkräfte einen beispiellosen Niedergang erlebt“. Aber seit rund 10 Jahren rüstet Russland auf und grossen Verbände werden immer wieder ohne Vorwarnung zu Manövern oft über weite Distanzen aufgeboden.

Der höchste Offizier der USA, Admiral Joe Dunford, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, meinte vor nicht langer Zeit, die Fähigkeiten der russischen Streitkräfte seien „besorgniserregend für die Vereinigten Staaten und deren Interessen“.

(AUSA-Kongress, 2.-5. Okt. 2016).

1.4.

Die Welt weiss: Die Schweiz hat keine Ernst zu nehmende Armee mehr.

Die Generalstäbe aller für militärische Eingriffe in unser Land in Frage kommenden Staaten (z.B. USA, Russland) wissen heute, dass wir keine Armee mehr haben, die den verfassungsmässigen Auftrag erfüllen kann. Deshalb bereiten sie im Rahmen ihrer dauernden Planung für den Kriegsfall diejenigen militärischen Massnahmen vor, die sie selber im Konfliktfall in Europa bei uns so rasch als möglich ergreifen werden, damit ihnen ihr potentieller Feind nicht zuvorkommen und z.B. unsere Flughäfen, Alpen und OstWesttransversalen übernehmen kann. So werden wir kurz nach Beginn eines Krieges, an dem die grossen Mächte beteiligt sind, einbezogen. Kein fremder Generalstab wird heute über die Schweizer Armee schreiben, was der deutsche Generalstab 1942 im „Kleines Orientierungsheft Schweiz für die Truppen im Felde“ sagte: „Es (das Milizsystem) gestattet die Aufstellung eines für das kleine Land sehr starken und zweckmässig organisierten, schnell verwendungsfähigen Heeres. Der Schweizerische Soldat zeichnet sich durch Heimatliebe, Härte und Zähigkeit aus“. (Bei einem Nachtessen im Jahr 2015 in Peking fragte der Gastgeber, Direktor eines der grössten chinesischen Konzerne, den Verfasser plötzlich: „Warum hat die

Schweiz, das reichste Land der Welt, ihre Armee abgeschafft?“ Schmerzlich getroffen, hatte er keine Antwort.)

1.5

Ist ein baldiger grosser Krieg möglich?

Unser einst recht nüchternes Volk sieht im Konsumrausch die Realität der Welt nicht mehr. Ganz anders die Grossmächte. Sie halten einen Krieg für möglich.

So konnte man schon vor einigen Jahren in der chinesischen Presse lesen, ein Krieg mit den USA sei u.U. unvermeidlich. Laut der Webpage der Chinesischen Regierung, GOV.cn, China Government's Official Web Portal, rief der chinesische Präsident Hu Jintao schon am 6. Dezember 2011 vor dem Volkskongress die Flotte auf: „Sehr energisch den Umbau und die Modernisierung der Flotte zu beschleunigen und umfassende Kriegsvorbereitungen zu treffen.“ Am 15.09.2014 schrieb die Tageszeitung Global Times, Beijing: „Die Möglichkeit eines 3. Weltkrieges besteht. China muss sich vorbereiten“. Die höchste politische und militärische Führung Russlands weist seit Jahren auf die Notwendigkeit hin, gegen die vom Westen direkt an seiner Grenze aufgebaute Bedrohung „militärisch vorzugehen“, falls keine einvernehmlichen Lösung gefunden werde. (Wie US Präsident Kennedy 1962 wegen der 50 auf Kuba installierten sowjetischen Atomraketen). Die Militärführung der USA hält

einen Krieg für „fast garantiert“ („virtually guaranteed“), so der Generalstabschef der US Army an der genannten Konferenz vom Okt. 2016. Die in diesem Sicherheitsbericht genannten Spannungen können leicht zu einem Konflikt führen, weil die grossen Mächte um ihre Stellung in der neuen Weltordnung in Konkurrenz stehen.

1.6.

Die Kriegsmittel der grossen Mächte

Laut Bundesrat kämen „schwere terrestrische Mittel“ (Panzer etc.) kaum mehr zum Einsatz und würden auch nicht mehr entwickelt. Die grossen Armeen beweisen das Gegenteil. Die bedeutenden Mächte, USA, China, Indien, Russland u.a. verfügen über alle Mittel für den Kampf der verbundenen Waffen. Sie umfassen zahlreiche grosse gepanzerte Verbände. Laut Nachrichten vom 2.07.18 verlegt Israel weitere schwere Panzer und Artillerie an seine Grenze mit Syrien. Alle grossen Mächte entwickeln neue „schwere terrestrische Mittel“, (Panzer etc.), so produziert z.B. Russland gegenwärtig 2400 „Armata“ Panzer einer neuen Generation. Laut unbestätigten Meldungen soll jeder über 2 Drohnen verfügen, die ihm vorausfliegen und den Kanonieren, der Artillerie und Luftwaffe die genaue Lage der feindlichen Stellungen melden können.

In einem Krieg in Europa würden grosse gepanzerte, sehr feuerkräftige Verbän-

de, wie z.B die russische 1. GardePanzerarmee und seine anderen gepanzerten und mechanisierten Verbände eingesetzt, unterstützt durch weitreichende Raketen und mechanisierte Artillerie. Auch die Luftlandverbände der Grossmächte – Russland hat vier Luftlandedivisionen – kämen zum Einsatz. Die gepanzerten Bodentruppen aller Mächte werden unterstützt von starken Luftstreitkräften. Z.B. können die USA zusätzlich zu ihrer grossen Luftwaffe dank ihren 11 Flugzeugträgergruppe weitere rund 1000 Kampfflugzeuge fast überall in der Welt einsetzen. China baut gegenwärtig eine Flugzeugträgerflotte auf. Die von den Grossmächten entwickelten Waffen, wie Drohnen, Raketen globaler Reichweite, Cyber, Weltraum, Hyperschall, Prompt Global Strike, elektronische und Laserwaffen, möglicherweise der NEMP (nuklearer elektromagnetischer Impuls) , sogar ABCWaffen und andere, heute noch in Entwicklung stehende Kampfmittel werden je nach Bedarf zum Einsatz kommen. Auf den Weltmeeren werden sich hoch moderne Flotten, einschliesslich zahlreicher UBoote gegenüberstellen. Auch diese verfügen über das ganze heute verfügbare Arsenal von Waffen und anderen Kampfmitteln, bis hin zu weitreichenden Raketen mit Atomsprenkopf. Aber was für moderne Mittel auch immer zum Einsatz kommen, um ein Land, z.B. die Schweiz, besiegen und beherrschen zu können, muss es vom Angreifer auch in Zukunft von Bodentruppen besetzt werden.

1.7.

Das Bild des künftigen Krieges.

Damit wir wissen, wie unsere Armee vorbereitet werden sollte, um den Einbruch unseres Landes in einen Krieg zu verhindern, müssen wir begreifen, wie ein zukünftiger Krieg aussehen könnte. Laut Bundesrat ist ein Krieg sehr unwahrscheinlich und wird nur als Cyberkrieg und Einsatz kleiner Spezialtruppen gesehen. Gegen die Schweiz schliesst er einen Krieg praktisch aus. Seine Meinung steht im schockierenden Gegensatz zur Sicht der politischen und militärischen Führung der Grossmächte. In seiner erwähnten Rede meinte der Generalstabschef der US Armee, die potentiellen Feinde der USA (China, Russland u.a.) hätten die Fähigkeit, die elektronischen Mittel sowie die Kommunikation der US Streitkräfte auszuschalten, sogar deren Verbindung zum US Oberkommando und dem Weissen Haus. Die Truppen müssten lernen, in völliger Isolation ohne jegliche drahtlose Kommunikation zu kämpfen und sich wieder mit Karte und Kompass zu recht zu finden. Sie müssten sich immer weit auseinandergezogen bewegen, für einen Angriff ganz kurz zusammenziehen und sofort wieder weit auseinandergehen, sonst würden sie sofort vernichtet. Selbst das bisherige Markenzeichen der US Kampfführung, vor Angriffen zuerst den Gegner aus der Luft massiv anzugreifen, könne nicht mehr aufrechterhalten werden. Oft müssten die Bodentruppen die dortigen

feindlichen Verbände schlagen und zuerst deren Luftabwehr ausschalten, bevor die US Luftwaffe eingreifen könne. (Diese Einschätzung müsste für den Bundesrat eigentlich ein Grund sein, auch russische Luftabwehrwaffen in die Evaluation einzubeziehen – abgesehen von den neutralitätspolitischen Gründen dafür). Der Nachschub über Meere an Gebiete im Krieg sei nicht mehr garantiert. Deshalb müsse dieser vorher dorthin gebracht werden. (Laut Meldungen im Internet bringen die USA gegenwärtig umfangreiche schwere terrestrische Kampfmittel nach Europa und lagern sie in unterirdischen Kavernen bei gewissen NATO-Mitgliedern ein).

1.8.

Warum die Schweiz in einen nächsten Krieg in Europa mit hineingerissen wird.

Eine militärisch starke, strikt neutrale Schweiz mitten im NATO-Raum wäre für die USA sehr störend. Der Erfolg einer gewaltsamen Besetzung und Benützung unseres Territoriums mit den leistungsfähigen Alpen-Transversalen und unseres Luftraumes durch die USA/NATO wäre „zweifelhaft“ – so wie 1944, und würde deshalb unterlassen. Deshalb forderte am 22.11.2012 der NATO-Generalsekretär Rasmussen in seiner Zürcher Rede, die Schweiz müsse sich der NATO noch mehr annähern. Bundesrat und Parlament haben mit der Zerschlagung der Armee schon Vorar-

beit geleistet. Zudem führt der Bundesrat unser Land schleichend in die NATO. Dort ist es bereits Mitglied der Partnerschaft für den Frieden (PDF) und der Interoperabilitätsplattform der NATO. Die letztere dient der Vereinheitlichung der Kampfverfahren, Ausrüstung, Organisation, Fachbegriffe, Grade und dem Einüben des gemeinsamen Kampfes. Immer wieder schickt der Bundesrat Schweizer Truppen an Manöver von Mitgliederarmee der NATO, z.B. nach Ostdeutschland oder kürzlich Kampfflugzeuge an NATO-Luftmanöver nach Polen (Quelle: SRF.CH). So könne sich die Armee mit modernen Kampfverfahren vertraut machen. Das trifft zu, aber aus neutralitätspolitischen Gründen müsste die Schweiz auch mit Russland zusammenarbeiten.

Hier ein konkretes Beispiel, wie die Neutralität am Volk vorbei schleichend abgeschafft wird. Am 16./17. Februar 2016 fand in Zürich auf Einladung des Bundesrates eine NATO-Tagung von 100 höchsten Offizieren vom NATO-Kommando, den 28 Mitgliederstaaten und der Schweiz als Mitglied der genannten Organisationen statt. Erst als die Tagung begann, versandte das VBS eine kurze Mitteilung darüber. Die meisten Schweizer Medien, wie z.B. die NZZ, erwähnten sie mit keiner Zeile, wohl auf Wunsch des Bundesrates. Das Volk sollte auf keinen Fall davon erfahren.

1.9.

Die Schweiz wird nicht mehr als „neutral“ wahrgenommen!

Auf Grund dieser Neutralitätspolitik fragwürdigen Verhaltens der Schweiz werden wir von den grossen Mächten wohl kaum mehr als neutral wahrgenommen, mit verheerenden Konsequenzen im Kriegsfall. So schrieb die GLOBAL TIMES, eine Tageszeitung der chinesischen Kommunistischen Partei, schon in ihrer Ausgabe vom 26. Februar 2013, die Partnerschaft für den Frieden der NATO sei ein Instrument der USA zur Durchsetzung von deren strategischen Interessen. (Da macht die Schweiz mit).

2.ECKPFEILER

UND GRUNDSÄTZLICHES

Hier rufen wir Grundsätzliches und wichtige Eckpfeiler in Erinnerung, die unserem Sicherheitsbericht zugrunde liegen und die alle bei ihrer Meinungsbildung berücksichtigen sollten.

2.1.

Die menschliche Natur.

Jeder Mensch will wahrgenommen werden. Die menschliche Natur reicht vom Schöpferischen, Aufbauenden, Mitmenschlichen bis hin zum Zerstörerischen, Niederreissenden und Bestialischen. Nur die durch Erziehung und Bildung erworbenen Verhaltensweisen sind die dünnen Schutzmauern vor den negativen Seiten. Zudem hat jede

menschliche Gemeinschaft bis hin zu den Staaten ihre ganz eigene Kultur, ihre Wertvorstellungen, Verhaltensweisen und Umgangsformen. Aber ohne einen Konsens in Grundfragen kann ein moderner demokratischer Sozialstaat nicht funktionieren.

Unsere eingangs genannten Lebensumstände und unsere bisherige Sicherheit sind kein selbstverständlicher, ewiger Normalzustand, sondern das Resultat grosser Anstrengungen früherer Generationen. Sie wussten noch, dass ohne persönlichen Einsatz für die Gemeinschaft und materielle Opfer kein Staat längerfristig überleben kann, denn immer wieder führt die menschliche Natur zu den verschiedensten Formen von Gewalt, bis hin zum Krieg.

2.2.

Staaten haben nur Interessen.

Am 1. März 1848 meinte der damalige Premierminister, Lord Palmerston, im britischen Unterhaus: „Wir haben keine ewigen Freunde, wir haben keine dauernden Feinde. Unsere Interessen sind ewig und dauernd und es ist unser Pflicht, diese Interessen zu verfolgen“. Der französische General und spätere Staatspräsident de Gaulle sagte das 1940 mit Bezug auf Frankreich auch. Das gilt seit Urzeiten und heute für alle Staaten.

Es gibt keine Handlungen anderer Staaten auch unserem Land gegenüber, die durch Gefühle von Freundschaft für uns

ausgelöst würden. Rücksichtslos setzen sie ihre Interessen durch, im besten Fall hinter einer höflichen Fassade freundlicher Worte. Selbstverständlich nehmen sie an, dass auch wir unsere Interessen so gut als möglich durchzusetzen versuchten. Das tut die Schweiz mit ihrem heutigen Bundesrat und Parlament nicht mehr.

2.3.

Krieg und mit Gewalt verbundene Zusammenbrüche

Krieg gehört immer noch zu unserer Welt. Es gibt auch immer wieder grossflächige gewaltsame Zusammenbrüche, in die sich dann die Grossmächte einmischen, wie z.B. im Mittleren Osten. Wir sehen es täglich: Die Schlachten, Bombardierungen, Massenerschiessungen. Viele von uns haben auf ihren Bildschirmen ungewollt das Köpfen mit dem Messer von Menschen oder deren Begraben bei lebendigem Leib gesehen, wurden Zeugen, wie andere in Käfige einsperrt, mit Benzin übergossen und verbrannt wurden. Massenweise werden in den in Bürgerkriegen befindlichen Gebieten junge Frauen vergewaltigen. Die Liste ist endlos, aber wir glauben, das betreffe uns nicht. Es sei wie in einem Gruselfilm und finde nur auf dem Bildschirm statt. Friede ist immer noch Wunschdenken. Nach wie vor gehen die Staaten und gewaltbereite Gruppen so vor wie seit Urzeiten. Alle die vielen Versuche vernünftiger Menschen, diese gigantischen

Ausbrüche von Gewalt durch ausschliesslich friedliche Wege der Konfliktlösung zu ersetzen, sind bisher gescheitert.

In der langen Friedenszeit wurde auch vergessen, dass es im Krieg für jeden betroffenen Staat ausschliesslich um Sein oder Nichtsein geht. Dafür tut er alles. Nichts zählt oder wird berücksichtigt, was nicht zum Sieg beiträgt. Auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

2.4.

Die ewige staatliche Hauptaufgabe.

Seit Urzeiten lebt der Mensch in Gemeinschaften. Anfänglich waren sie klein, streiften durch die Savannen und Wälder, und wohnten z.B. in Höhlen. Sie wuchsen zu grossen Staaten heran. Aber schon damals und bis heute überragt die Bedeutung der

SICHERHEIT

die aller anderen staatlichen Aufgaben. Ohne Sicherheit kann keine menschliche Gemeinschaft auf Dauer bestehen, keine wirtschaftliche Tätigkeit stattfinden, kann keine Verwaltung, keine Bildung, kein Sozialstaat, kein Gesundheitswesen funktionieren, kann sich keine Kultur entfalten und blühen. Aber auch ein gutes, zufriedenstellendes Leben des einzelnen Menschen ist ohne Sicherheit nicht möglich.

Solange die Staaten der Welt nicht endgültig auf Krieg verzichten und ihre Armeen auf kleine Sicherheitstruppen reduzieren, müssen wir alles tun, damit wir nicht einbezogen werden. Deshalb

muss die Schweiz sofort wieder eine „kriegsverhindernde“ Armee laut Art. 58 der Bundesverfassung aufbauen.

2.5.

Die Schweiz hatte die einzige moralisch vertretbare Armee

In Art. 10 des Haager Abkommens, in dem die Staatenwelt die Neutralität anerkannte, wird gesagt: „Die Tatsache, dass eine neutrale Macht eine Verletzung ihrer Neutralität selbst mit Gewalt zurückweist, kann nicht als eine feindliche Handlung angesehen werden“. Wohl die wenigsten BürgerInnen waren sich bewusst, dass die Verteidigung des Schweizer Territoriums durch die Armee von der Völkergemeinschaft als moralisch einwandfreie Pflicht des Neutralen eingestuft wurde.

Unsere Armee hätte nur gekämpft, wenn wir angegriffen worden wäre, und hätte sich nie in andere Länder eingemischt. Heute kann sie das Land nicht mehr verteidigen, stellt aber Truppen unter NATOKommando z.B. im Kosovo zur Verfügung. In ihrem Programm fordert die Sozialdemokratische Partei der Schweiz sogar, während des von ihr geforderten Abschaffungsprozess die noch verbleibende kleine Armee für „Friedensmissionen“ im Ausland einzusetzen. Sie hat die US Politik der weltweiten Einmischung übernommen, von Bombenkampagnen, Angriffskriegen bis zur Entwicklungshilfe.

1943, im 2. Weltkrieg, meinte der die letzte deutsche Angriffsplanung leitende deutsche General Franz Böhme zur Frage unserer Zuverlässigkeit, d.h. ob die Gefahr bestehe, dass wir auf Seiten der Alliierten gegen Deutschland in den Krieg ziehen könnten, in der Schweiz denke niemand an solche „absurden Pläne“. Er fuhr weiter, der „Schweizer Mentalität“ dürften keinesfalls solche Absichten, wie „bewaffneter Einfall in ein fremdes Land usw. unterschoben werden.“ Die ganze Welt wusste, dass sie sich auf unsere Neutralität verlassen konnte und wir eine starke Armee hatten.

2.6.

Bewaffnete Neutralität.

In Art. 1 des Haager Abkommen steht: „Das Gebiet der neutralen Mächte ist unverletzlich“ und so glauben viele bei uns, wir würden deshalb auch ohne Armee nicht in einen künftigen Krieg einbezogen. Das ist ein lebensgefährlicher Irrtum. Jedermann weiss, dass Deutschland im zweiten Weltkrieg sofort alle kontinentaleuropäischen Neutralen, (z.B. Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, später Jugoslawien, Griechenland u.a. – ausser der Schweiz und Schweden besetzt hat. Aber was kaum jemand weiss: Auch die Alliierten haben das getan, Völkerrecht hin oder her. Die Neutralen waren militärisch und wirtschaftlich für beide Kriegsparteien wichtig und keiner der besetzten Staa-

ten verfügte über eine starke Armee, die das hätte verhindern können. Hier nur vier aus mehreren Fällen: So besetzten die Alliierten das neutrale Island als Basis für den Nachschub der USA nach Europa. Das neutrale Persien wurde besetzt, um als für Deutschland unerreichtbare Route für den gigantischen Nachschub der USA in die Sowjetunion zu dienen. Das neutrale Portugal wurde gezwungen, den Alliierten die Einrichtung einer Basis auf den Azoren zu gestatten (die bis heute besteht). Die Sowjetunion griff das neutrale Finnland an, dessen sozialdemokratischer Premierminister wenige Wochen vorher geprahlt hatte, kein Geld für Waffen „verschwendet“ zu haben. Am Tage des Angriffs trat er zurück, worauf die 200'000 finnischen Soldaten (bei einer Bevölkerung von nur 3 Millionen) auf Skis im eiskalten Winter und tiefem Schnee (was sie begünstigte) der sowjetischen Übermacht vier Monate lang Widerstand leisteten. In der Folge war Finnland das einzige von der Sowjetunion besiegte Land, das nicht in den Ostblock eingegliedert wurde, sondern ein demokratisches, wenn auch der Sowjetunion gegenüber sehr zuvorkommendes Land bleiben konnte.

Das erwähnte, für die neutrale Schweiz wichtige internationale Haager Abkommen von 1907 überträgt den Neutralen als Gegenleistung für die internationale Anerkennung der Neutralität in Artikel 5 die Pflicht: „Eine neutrale Macht darf auf ihrem Gebiete keine der in den Artikeln 2–4 bezeichneten Handlungen dulden“. Wir müssten gemäss diesem in-

ternationalen Abkommen den Kriegsparteien die Benützung unseres Territoriums (mit Luftraum) notfalls gewaltsam verwehren, können diese internationale Verpflichtung heute aber nicht mehr erfüllen.

Aber unabhängig von dieser durch das Völkergewohnheitsrecht bestimmten Unverletzlichkeit des Gebietes des Neutralen, tut jede Kriegspartei nur das, was ihrem Sieg nützt. Jede greift sofort im neutralen Staat militärisch ein, wenn dieser nicht mit einer starken Armee garantiert, dass auch deren Feind dort militärisch keinen Vorteil erringen kann. Da die mit der WEA wehrlos gewordene Schweiz die Benützung ihres Territoriums und Luftraums fremden Streitkräfte und Flugzeugen nicht mehr verwehren kann, werden diese im Kriegsfall selber so rasch als möglich bei uns ihre militärischen Interessen durchsetzen. So werden wir mit hineingerissen und lernen wieder einmal, was für eine Katastrophe ein Krieg für ein Land bedeutet und wieviel teurer die verursachten Schäden und Verluste sind, als es eine kriegsverhindernde Armee gewesen wäre, von den toten und verletzten Frauen, Kindern und Männern gar nicht zu reden.

2.7.

Sollen Menschen anderer Völker für uns sterben?

In Diskussionen hört man immer wieder die Meinung, im Krieg würden uns „an-

dere dann schon zu Hilfe eilen“. Ist es nicht der Gipfel der Dekadenz zu erwarten, dass Menschen anderer Völker für unser Land sterben, dass sie mit ihren Steuern Armeen finanzieren sollen, die uns zu Hilfe eilen, weil wir nicht mehr bereit sind, für unser einmaliges Land unser Leben und Geld einzusetzen?

3.

DIE SICHERHEITSPOLITISCHE LAGE

3.1.

Geopolitische Spannungsherde

Wir leben in einer geschichtlich ausserordentlichen Zeit: Wie bereits gesagt, ist eine neue Weltordnung im Entstehen. Viele Völker, die lange von Westmächten dominiert wurden, schüttelten die Jahrhunderte lange Vorherrschaft ab, stehen aber auch untereinander in Konkurrenz. Jede Macht die Grossen rücksichtsloser, als die kleinen kämpft oft um Territorien, Ressourcen, Einfluss, Dominanz in Wirtschaft und vielen anderen Bereichen. Diese Konkurrenz führt zu Spannungen, die sich im schlimmsten Fall in grossflächigen, mit Gewalt verbundenen Entwicklungen oder Krieg entladen. Hier weisen wir nur auf die wichtigsten Staaten als Auslöser von Spannungen hin.

3.1.1

Europäische Vergangenheit

Lange bestimmten führende europä-

ische Mächte, ohne Rücksichtnahme auf die oft von unseren so unterschiedlichen Kulturen, Wertvorstellungen und Umgangsformen anderer Völker, wie die Welt zu funktionieren habe, welche politischen Systeme die verschiedenen Länder haben durften, welche Personen die politische Macht in anderen Staaten ausüben sollten.

Gleichzeitig vergassen sie nicht, weltweit die Hand auf wichtige Ressourcen zu legen und ihre anderen wirtschaftlichen und politischen Interessen durchzusetzen. Selbst so grosse Reiche wie China wurden aufgeteilt, beherrscht, ausgebeutet. Das war nur dank des Vorsprungs möglich, den die in England beginnende industrielle Revolution und die damit verbundene Erfindung immer wirkungsvoller neuer Mittel (Waffen, Transportmittel etc.) Europa gab. Diese westliche Politik war nicht amoralischer als die der aussereuropäischen Völker, die dann kolonialisiert wurden, denn alle Staaten handelten seit Jahrtausenden so.

Auch in Afrika gab es riesige Reiche, die genauso durch innerafrikanische Gewaltanwendungen entstanden waren, wie die Kolonien durch die von Europa ausgeübte Gewalt.

Die westeuropäischen Staaten haben heute keine aggressiven militärischen Absichten gegen die Schweiz (über die EU aber sehr wohl politischwirtschaftliche). Sie verfügen auch über keine bedeutenden Streitkräfte. Sie hängen bis auf weiteres für ihre Sicherheit über die NATO ganz von den USA ab. Nur im

Falle eines Konfliktes mit Russland könnten sie für die Schweiz zur Bedrohung werden und unser Land im Rahmen des Verbundes USA/NATO ihren militärischen Interessen unterwerfen, da wir für sie von grösster strategischer Bedeutung sind, aber Bedrohungen nicht mehr abwenden können.

3.1.2

Ablösung Europas durch die USA.

Nach dem zweiten Weltkrieg übernahmen die USA diese Führungsrolle des Westens und führten die Politik der weltweiten Einmischung weiter, von militärischer Besetzung, Bombenkampagnen, Geheimdienstoperationen, einschliesslich Mord von Staatsführern, Bestechung und Erpressung, wirtschaftliche Druckmassnahmen, Sanktionen, bis hin zur Entwicklungshilfe. Die letztere wird auch von den für gewaltsame Einmischungen zu kleinen Staaten wie der Schweiz massiv eingesetzt. Viele Aktionen wurden durch erfundene Geschichten legitimiert, so z.B. der Krieg gegen den Irak, viel früher schon der gegen Vietnam und oder der gegen die kleine Insel Grenada. Seit dem 2. Weltkrieg wurden durch diese Einmischungspolitik mehrere dutzend Staaten dem Westen unterworfen, oft solche mit linken Regierungen. Der Westen wurde anfänglich noch von der Sowjetunion etwas in Schach gehalten. 1949 beendete Mao Tse Tung die Fremdherrschaft in China.

Auch heute wollen die USA die bestimmende Weltmacht bleiben, koste es was es wolle. Sie konzentrieren sich wieder nachdrücklicher auf ihre ureigensten Interessen.

Sie verfügen über grosse, moderne Streitkräfte und weltweit über rund 900 Basen und Stützpunkte. Kosovo wurde bekanntlich durch einen vom Westen unter Bruch des Völkerrechts gegen Serbien geführten, massiven Luftkrieg gewaltsam abgespalten (28'500 Präzisionsbomben, 30'000 mit Uran angereicherte Granaten).

Der wahre Grund dürfte die Absicht der USA gewesen sein, im Kosovo eine ihrer grössten im Ausland gelegenen, gegen Russland gerichteten Militärbasen (Camp Bondsteel) aufbauen und betreiben können. Serbien hätte dem nie zugestimmt. Verfolgt man die Bewegungen ihrer grossen Flotte, sieht man, dass sie weltweit allgegenwärtig ist. Gegenwärtig baut sich die US-Marine (laut deren Web-Page) in der Ukraine am Schwarzen Meer eine Marinebasis und nimmt auch dort regelmässig an gegen Russland gerichteten Manövern teil.

Über die NATO haben die USA die meisten europäischen Staaten militärisch an sich gebunden. Die US Wirtschaft ist die grösste der Welt, könnte aber vom rascher wachsenden China in wenigen Jahren überholt werden. Der US Dollar, in dem immer noch der ganz überwiegende Teil des Welthandels, des globalen Zahlungsverkehrs und der Finanz-

spekulationen abgewickelt wird, ist ein weiteres, sehr wirkungsvolles Machtinstrument der USA.

Der gegenwärtige US Präsident hat begonnen, protektionistische Massnahmen zu ergreifen. Die davon betroffenen Länder werden wohl selber mit gleicher Münze zurückzahlen. Je nach der weiteren Entwicklung könnte daraus ein grösserer, die Weltwirtschaft negativ beeinflussender Handelskrieg entstehen.

3.1.3 China

China hat sich seit der grossen Reform von 1978 aus eigener Kraft und in einer weltgeschichtlich einmalig kurzen Zeit zu einer globalen Macht entwickelt – wirtschaftlich und militärisch- und gleichzeitig die Lebensumstände vieler hundert Millionen bitterarmer Einwohner dramatisch verbessert.

Es zeigte damit, dass sich Länder selber auch ohne westliche Einmischung über Entwicklungshilfe weiterbringen können. Es verfügt über die von den Beständen her weltweit grössten Streitkräfte (2 Mio. Mann), die über alle wichtigen Teilstreitkräfte verfügen: Land und Gebirgstruppen, Luftwaffe und Flotte, darunter zahlreiche UBoote, und Raketen aller Reichweiten bis hin zu interkontinentalen Atomraketen und natürlich die oben schon genannten neuen Waffen (Cyberwaffen etc.).

Seine Streitkräfte werden gegenwärtig tiefgreifend modernisiert, mit Fokus auf

die Flotte, und weiter verstärkt. China hat die Bedeutung der Weltmeere für seine globalen Ambitionen entdeckt.

Politisch wird es immer mehr zu einem totalitären Staat, der plant, die Möglichkeiten der Digitalisierung für eine totale Kontrolle seiner Bürger einzusetzen. Wirtschaftlich entwickelt es sich sehr schnell weiter. Die kommunistische Partei hat die uneingeschränkte Führungsrolle inne und wird sie wahrscheinlich noch weiter ausdehnen.

Auf der internationalen Bühne hat China die Idee der „Seidenstrasse“ lanciert, Korridore der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu Land und zur See zwischen Asien, Europa und Afrika, die viele Länder – darunter die Schweiz (und der Verfasser) – attraktiv finden. Damit baut China die von ihm angestrebte Führungsrolle weiter auf. Geschicktet es sich in vielen Ländern ein und baut auch militärische Überseebasen auf (Djibouti).

Der Hafen von Gwardar, in Pakistan, am Eingang (!) zum strategisch so wichtigen Arabischen Golf, wurde von einem chinesischen Konzern gekauft und wird mit einer Eisenbahnlinie mit China verbunden. Sie verkürzt den Transportweg nach China für das Öl und andere Güter dramatisch und ist im Fall grosser Spannungen auch weniger verletzlich als der Seeweg.

China hat begonnen, andere Länder in Asien, Afrika, Mittel und Südamerika, seit einiger Zeit auch in Ost und Südeuropa über teils riesige Kredite an sich zu binden, wobei es für den Fall, dass

Schuldner den Kredit nicht zurückzahlen können, sehr harte Massnahmen vertraglich festgeschrieben hat. So musste z.B. Sri Lanka deswegen den Hafen von Hambantota China für 99 Jahre abtreten. So verfügt China über eine weitere Basis im indischen Ozean. (Der griechische Hafen Piräeus gehört grösstenteils China). Einige der derart umworbenen Ländern fangen an, sich zu distanzieren (z.B. Malaysia), um nicht völlig von China abhängig zu werden.

Aber im Gegensatz zu den USA, mischt sich China nicht in die Innenpolitik anderer Staaten ein. Es betrachtet deren politische Systeme, den Entscheid über die Besetzung der Staatsämter und viele anderen Aspekte anderer Staaten, wie z.B. ob sie korrupt sind oder die Menschenrechte beachten, als deren interne Angelegenheit und erteilt ihnen auch keine Lektionen, wobei es selbstverständlich nicht darauf verzichtet, seine langfristigen Interessen zu wahren.

China hat – wie bereits gesagt – ausser mit Russland, mit allen seinen asiatischen Nachbarn, bis Indien im Süden Territorialstreitigkeiten. Seinen territorialen Anspruch auf das Südchinesische Meer, der wichtigsten Wasserstrasse der Welt, begründet es rechtlich mit weit zurückliegenden Handlungen, z.B. chinesischer Fischer, die dort vor 2000 Jahren gefischt haben sollen. Dabei klammert es die Zeit von 1279-1368 n. Chr. in seiner Argumentation aus, war es doch damals Teil des Mongolenreiches. Die Welt befände sich im Dauerkrieg, forderten alle Staaten die Wie-

derherstellung Jahrtausende Jahre zurückliegender Verhältnisse. (Man stelle sich vor, Italien fordere die Souveränität über die ehemals zum römischen Reich gehörenden Gebiete zurück). Wirkungsvoll untermauert China seinen Anspruch mit der Schaffung harter militärischer Fakten d.h. mit dem Aufbau von Stützpunkten für seine Flotte und Luftwaffe und der Installation von weitreichenden Flug und Schiffsabwehrraketen auf kleinen Riffs und Inseln dort. Gegen die US Flugzeugträger hat es 1500 km weitreichende Raketen entwickelt, die die US Flotte selber „Carrier killers“ (FlugzeugträgerMörder) nennt. Das Meer bis zu den Inseln in seinem Vorfeld, von Japan über Taiwan bis Borneo wird für die US Flotte sehr gefährlich. Die von China angestrebte totale Kontrolle des Südchinesischen Meers bedeutet, dass es, falls von ihm als nötig erachtet, die Durchfahrt sperren könnte. Gegenwärtig mag es dazu noch nicht genügend stark sein. Aber das ändert sich sehr rasch. Seit kurzem prescht seine Luftwaffe und Flotte zwischen den südjapanischen Inseln hindurch weit in den Pazifik vor. Seine UBootflotte im Pazifik, die grösste nach der der USA, bedroht mit ihren Atomraketen die Westküste der USA. Dabei konnte man in der chinesische Presse lesen, dass China jeden Versuch der USA, einen regionalen Konflikt in seinem unmittelbaren Umfeld mit dem Einsatz von taktischen Atomwaffen für sich zu entscheiden, mit dem Einsatz seiner landgestützten Interkontinentalraketen, seiner U-Boot gestützten A-Raketen

und der A-Waffen der Luftwaffe gegen das Kernland der USA beantworten würde. .

Andererseits können die Gross- und Mittelmächte, für deren Wirtschaft und Seetransporte diese Wasserstrasse von grösster Bedeutung ist, wie die USA, Japan, Indien, Indonesien, aber auch die Anrainer Vietnam, Taiwan, die Philippinen, Malaysia (Borneo) u.a. diesen Anspruch kaum akzeptieren. Dort entsteht ein sehr grosser geopolitischer Spannungsherd. Die weitere Entwicklung hängt davon ab, ob die USA diese Entwicklung tolerieren oder dagegen militärisch einschreiten. Gegenwärtig schicken sie und auch Grossbritannien und Frankreich immer wieder einige Flugzeuge oder Kriegsschiffe durch diese Strasse, um deren in ihrer Sicht internationalen Status zu unterstreichen. Vorläufig protestiert China nur heftig gegen diese „Verletzung“ seiner Souveränität. Das dürfte sich ändern, sobald es militärisch dazu bereit ist. Innerhalb Chinas bestehen in Tibet (Daila Lama) und Xinjiang (Islam), den riesigen Provinzen im Westen, grosse Spannungen. China antwortet mit der Stationierung bedeutender Polizei und Truppenverbänden, der massenweise Ansiedelung von Han-Chinesen und dem Ausbau der Infrastruktur und Wirtschaft. (2009, bei einer Reise durch Tibet, konnte der Verfasser von einer hervorragenden, von jeder menschlichen Siedlung weit entfernten Passstrasse auf 5700 m Höhe mit dem Handy in die Schweiz telefonieren).

Taiwan wird von China immer noch als zu seinem Territorium gehörend gesehen. Chinas Regierung droht ganz offiziell mit Krieg , sollte sich Taiwan für unabhängig erklären. Die chinesische Volksbefreiungsarmee hat begonnen, ihre Kampf, Aufklärungsflugzeuge und Kriegsschiffe immer wieder in den Raum um Taiwan zu schicken, um Druck auszuüben.

Was würden wir sagen, wenn unsere Armee direkt einer politischen Partei unterstellt würde? Die beeindruckenden Streitkräfte der Volksrepublik China unterstehen direkt der kommunistischen Partei Chinas (KPC), nicht wie weltweit üblich, der Regierung und der Kontrolle durch das Parlament. Der Generalsekretär der KPC, Xi Jinping, ist Oberbefehlshaber.

Zusammenfassend:

Mit Vietnam und Indien hatte China schon mehrere grössere und kleinere Grenzkriege. Die USA sind mit vielen um China liegenden Staaten verbündet und müssten diesen im Kriegsfall beistehen. Daraus kann ein grösserer Konflikt entstehen.

3.1.4 Russland

Russland möchte wieder als bedeutende Macht ernst genommen werden und auf der Weltbühne mitspielen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (UdSSR) und parallel zum „beispiellosen Niedergang“ (SIPOL 2016) seiner Streitkräfte, folgte die demütigende Abweisung des Westens aller seiner Avan-

cen für eine einvernehmliche Zusammenarbeit. Statt dessen hat dieser provokativ ein ehemaliges Mitglied der UdSSR und des Warschauerpaktes nach dem anderen in die NATO aufgenommen. Der Gipfel der Demütigung war der mit riesigen finanziellen Mitteln (5 Mrd. \$ gemäss Stv. US Aussenministerin) und dem persönlich Einsatz vor Ort hoher Mitglieder der US Regierung und des Kongresses, der EU und europäischer Politiker orchestrierte Umsturz in der Ukraine. Dieses war noch kurz vorher Mitglied der Sowjetunion gewesen und immer noch der wichtigste Handelspartner Russlands. Vorher hatten sich schon US Konzerne (DuPont, Cargill, Monsanto) grosse Teile der Agrarlieferkette, von 2 Millionen ha Schwarzerdeböden, Getreidesilos, Saatgutfirmen bis hin zu einem Anteil am Getreideverladehafen dieses an natürlichen Ressourcen so reichen Landes gesichert. Putin konnte noch rechtzeitig eingreifen, um mit der Annexion der Krim zu verhindern, dass auch noch Sewastopol (Krim), der wichtige Hafen der russischen Flotte, unter die Kontrolle der USA geriet. Die erwähnte US Marinebasis am Schwarzen Meer und die Teilnahme der US Flotte an Manövern dort ist eine weitere unerhörte Provokation Russlands.

Der Westen benützt diese Reaktion Russlands auf die massive westliche Einmischung, um Russland als „Feind“ aufzubauen, dabei hat das Land wohl kaum irgendwelche Eroberungsabsichten. Gleichzeitig hat der Westen seine militärischen Mittel bis an die

Westgrenze Russlands gebracht. Wie bereits gesagt, will sich dieses mit dieser direkten Bedrohung nicht abzufinden und mangels einer einvernehmlichen Lösung ggf. militärisch dagegen vorzugehen. (Wie US Präsident Kennedy 1962 im umgekehrten Fall von 50 sowjetischen Atomraketen auf Kuba). Alles Weitere hängt dann von der Reaktion der USA ab. In wenigen Jahren dürfte es dazu bereit sein. Sollte es zu einem Konflikt zwischen China und Indien, unter Beteiligung der USA kommen, oder sogar zu einem direkten Konflikt China-USA, könnte Russland die Gelegenheit benützen, die westliche Bedrohung an seiner Grenze mit gezielten militärischen Schlägen zu beenden. Seit einiger Zeit führt es immer wieder aus dem Stand zahlreiche sehr grosse Manöver durch.

Die im Spätsommer 2018 beginnenden werden die grössten seit Ende der Sowjetunion sein.

Es sollen neben 300'000 russischen Soldaten auch Truppen Chinas und der Mongolei, sowie 1000 Kampfflugzeuge, die Flotte mit 80 Schiffen und 36 000 Panzerfahrzeuge teilnehmen.

Die russischen Truppen sind jeweils ab Alarmierung innert dreier Tage oft in sehr weit entfernten Gebieten kampfbereit

Als Russland begriffen hatte, dass es als Partner des Westens in der von ihm angestrebten friedlichen Weltordnung abgewiesen wird, begann es vor ca. 10

Jahren, massiv aufzurüsten und sich Asien zuzuwenden.

Laut „The Military Balance“ des Institute for Strategic Studies umfassen seine Streitkräfte 4.3 Millionen Mann, davon rund 1 Mio. aktiv, 2.5 Mio. Reserve und mehr als 700'000 Paramilitär. Mit 5 zentralasiatischen Staaten hat es ein Militärbündnis aufgebaut. Es nähert sich strategisch immer näher an China und ist Mitglied der SCO Shanghai Cooperation Organisation, die die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit ihrer Mitglieder fördert.

Inzwischen sind viele asiatische Staaten, seit einem Jahr auch Indien und Pakistan, Mitglieder geworden. Mit China führt es oft grosse gemeinsame Manöver durch, bis hin zu gemeinsamen Scharfschiessen beider Flotten von 2015 im Mittelmeer und Ende 2017 Manövern sogar in der Ostsee. (Sind wir uns bewusst, was es bedeutet, dass die chinesische Flotte an Manövern in der Ostsee beteiligt ist?). Es verfügt über riesige Naturschätze, darunter auch Erdgas und Erdöl und ist einer der weltgrössten Weizenproduzenten. Für viele Staaten ist es dank dieser Ressourcen ein mächtiger und respektierter Partner. Seine Wirtschaft scheint immer noch unter der Vorherrschaft des Staates zu stehen. Mehrere seiner Wirtschaftsführer haben ihre Vermögen auf zweifelhafte Weise beim Zusammenbruch der UdSSR erworben und unterhalten mit der politischen Führung eine enge Zusammenarbeit. Die Wirtschaft bräuchte

Reformen und viele kreative Unternehmer. Verkompliziert wird das Ganze dadurch, dass sich die USA, wie überall, auch in Moskau finanziell massiv in die Innenpolitik einmischen und dort oft Führer der jeweiligen Opposition finanzieren, z.B. vor vielen Jahren Jelzin, dann, bevor er Präsident wurde Putin, dann in den letzten Jahren seinen Gegner, Alexei Nawalny. Ganz Moskau soll das bekannt sein (Quelle: NZZ AM SONNTAG, 3.3.18).

3.1.5 Indien

Auch Indien wird rasch zu einer bedeutenden Macht. Die Bevölkerung von 1.35 Milliarden wird die 1.40 Milliarden Chinas wegen seiner höheren Geburtenrate voraussichtlich in wenigen Jahren überholen.

Es hat ein demokratisches politisches System. Indien ist bereits eine wichtige Wirtschaftsmacht, allerdings noch wesentlich schwächer als China, steht aber in gewissen modernen Bereichen weltweit mit an der Spitze (z.B. Elektronik). Es verfügt über grosse Landstreitkräfte, Luftwaffe und Flotte, hat eigene Raketen und Atomwaffen entwickelt und rüstet gegenwärtig auf.

Chinas neue Stützpunkte in den Meeren südlich von Indien sind eine neue Bedrohung. Es hat in den letzten Jahren das Verkehrsnetz an seiner nordöstlichen Grenze zu China rasch ausgebaut, um auf den Vorsprung Chinas dort reagieren zu können. Inzwischen

hat es zwei mechanisierte Brigaden dorthin verlegt.

Die dortige McMahon Linie genannte Grenze wurde 1914 gezogen. Seither ist sie umstritten. Grosse Teile des dortigen indischen Teilstaates Arunachal Pradesh (mehr als doppelt so gross wie die Schweiz) werden von China als „Süd Tibet“ beansprucht. China hat dort auf seiner Seite schon seit längerem ein sehr leistungsfähiges Verkehrsnetz aufgebaut und starke Truppenverbände stationiert und Gebiete des Teilstaates besetzt.

Aber auch mit seinem Erzfeind Pakistan hat Indien permanente Spannungen. Bezeichnend ist, dass beide Staaten den Tag, als sie die Unabhängigkeit von Grossbritannien erlangten, „Partition“, „Teilung“ nennen, nicht „Unabhängigkeitstag“.

Der indischpakistanische Konflikt geht auf diese Teilung zurück, als die britische Kronkolonie im Streit der beiden Volksgruppen auf das muslimische Pakistan (Ostpakistan wurde später zu Bangladesh) und das hinduistische, aber auch viele andere Religionen umfassende Indien aufgeteilt wurde. Dabei kamen 1 Mio. Menschen gewaltsam um, ca. 10 Mio. Anhänger einer der Religionen flohen in den für sie geschaffenen anderen Staat. Mit ca. 150 Millionen Muslimen hat Indien (nach Indonesien und Pakistan) die drittgrösste muslimische Bevölkerung der Welt. Die beiden Nachbarn führten seit 1947, Jahr der Teilung, 4 grössere

Kriege gegeneinander, den letzten 1999.

Im Himalaya-Vorgebirge, an der Linie, die das gleichzeitig von Indien bzw. Pakistan beanspruchte Jammu und Kashmir und die von ihnen militärisch kontrollierten Teile trennt, findet bis heute ein Dauerkrieg statt, der sich bis auf den 6400 m hohen Siachen Gletscher erstreckt.

In dieser Gegend hat Pakistan China ein Territorium übergeben, das auch von Indien beansprucht wird.

Jedes der beiden Länder hat alleine in diesem umstrittenen Grenzgebiet im Hochgebirge Truppen mit Artillerie im Umfang von jeweils je 100'000 Mann in Stellung.

2017 kam es fast zu einem Grenzkrieg mit China, als sich beide Armeen auf dem Boden von Bhutan gegenüberstanden. Die Spannungen in der Region sind gegenwärtig sehr hoch und ein grosser Krieg ist möglich. Es besteht ein bedeutendes Risiko, da Indien und Pakistan über Atomwaffen, Trägerraketen und Flugzeuge für deren Einsatz verfügen und die Wunden der „Partition“ immer noch sehr tief sind. Dort ist ein grosser Krieg nicht nur zwischen Indien und Pakistan, sondern auf dessen Seite auch noch mit China jederzeit möglich. Auch hier gilt: ein solcher regionaler Konflikt kann rasch zu einem grossen Konflikt werden, wenn grosse Mächte einer der beiden Seiten militärisch beistehen. So könnten die USA Indien unterstützen, da China mit Paki-

stan zusammenarbeitet und die USA eine Niederlage Indiens nicht hinnehmen können und zudem China in die Schranken weisen wollen.

3.1.6.

Japan

Japan ist weltweit die drittgrösste Wirtschaftsmacht, militärisch aber noch relativ unbedeutend, will das aber ändern. Militärisch ist es mit den USA verbündet. Es fühlt sich durch China bedroht. Mit China hat Japan einen Territorialstreit um eine sehr kleine Inselgruppe, die Diaoyu (CN) bzw. Senkaku (J) Inseln. Im dortigen Meer sollen grosse Rohstoffvorkommen liegen. So finden um die Inseln immer wieder gefährliche Zwischenfälle zwischen beider Länder Luftwaffen und Flotten statt. Hier könnte jederzeit ein Konflikt ausbrechen, in den die USA als Verbündete Japans gezogen würden.

(Am 4.02.2013 konnte der Verfasser in der chinesischen Tageszeitung GLOBAL TIMES den Vorschlag machen, solche Territorialdispute im AWaffenzeitalter durch eine neu zu schaffende, gemeinsam ausgeübte Souveränität zu beenden und die dort vermuteten Ressourcen gemäss einem gemeinsam erarbeiteten Schlüssel aufzuteilen. Die Zeitung interviewte einen Generalmajor der chinesischen Armee dazu. In seiner langen Stellungnahme schloss er eine solche Möglichkeit dezidiert aus. Die chinesische Souveränität über die Inseln sei erwiesen und nicht teilbar. Ja-

pan sieht selbstverständlich seine Souveränität über die Inseln auch so. Das ist seit Jahrtausenden die zu Kriegen führende Haltung der Staaten.)

Mit dem Kurilenkonflikt hat Japan auch mit Russland einen Territorialkonflikt. Er geht auf den 2. Weltkrieg zurück. Japan fordert von Russland 4 Inseln zurück, die es nach der Niederlage an die UdSSR verlor. Russland ist bereit, 2 davon im Rahmen eines Friedensvertrages zurückzugeben. Ein solcher besteht auch 73 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges nicht.

3.1.7.

Singapur

Der Stadtstaat Singapur hat ein Territorium von nur 720 km² (Fläche ca. wie der Kt. Glarus), davon 200 km² am Meer aufgeschüttet.

Von einer britischen Kolonie wurde es zuerst Teil einer Föderation mit Malaysia, aber 1965 unabhängig. Es liegt an einer der strategisch exponiertesten Stellen der Welt, wo die wichtigste Wasserstrasse vom Südchinesischen Meer in die Malakkastrasse übergeht. Seine Lage ist vergleichbar mit derjenigen der Schweiz mitten Zentrum der NATO.

Singapur hat sich aus eigener Kraft in nur zwei Generationen zu einem sehr modernen Staat mit einem der höchsten Lebensstandards weltweit hochgearbeitet. Es ist eine autokratische Demokratie und trotz seiner geringen

Grösse eine bedeutende Wirtschafts-, Finanz- und Militärmacht.

Seine vielrassige Bevölkerung von rund 5.6 Millionen (3/4 Chinesen) ist im Gegensatz zur Schweiz nicht in die Dekadenz abgesunken. Es ist sich des Wertes seiner Souveränität, Unabhängigkeit und Sicherheit sehr bewusst, weiss wie verletzlich seine Lage ist, und dass nur eine ausserordentlich starke Armee einen Angreifer abhalten und den Einbruch in einen Krieg verhindern kann.

Für das Jahr 2018 beträgt sein Verteidigungsbudget 11.2 Milliarden Schweizer Franken (3.2% seines BSP), mehr als doppelt soviel wie die Schweiz. Für die mehr als 1.2 Millionen dienstfähigen Männer dauert die obligatorische Dienstpflicht 24 Monate, die vom 18. bis zum 50. Altersjahr in jährlichen Wiederholungskursen zu absolvieren ist. Es verfügt über ausserordentlich starke Streitkräfte, und hat viel von unserem bewährten ehemaligen Milizsystem übernommen. (Ein chinesischer Staatsbürger Singapurs, Geschäftspartner des Verfassers, kam manchmal im Kampfanzug an Besprechungen, wenn er gerade im WK war). Es verfügt über 72'000 ständig unter den Waffen stehende Mann, mehrheitlich Milizsoldaten, dazu eine sofort mobilisierbare Reserve von 433'00 und mehrere Hunderttausend längerfristig mobilisierbarer Milizsoldaten. Seine Luftwaffe hat rund 200 Kampfflugzeuge, 17 Kampf und 59 Transporthelikopter und 65 grosse Frühwarn, Tank, Transport sowie 31 Trainingsflugzeuge (darunter 19

Schweizer Pilatus) und 4 Luftwaffenbasen, zusätzlich zu solchen, die in Australien zur Verfügung stehen. Seine Landstreitkräfte stützen sich auf 196 schwere Panzer, 2200 andere gepanzerte Kampffahrzeuge, eine Artillerie von 310 Geschütze, darunter fast 50 schwere Panzerhaubitzen und 18 mobile Raketenwerfer. Den Schutz des umgebenden Meeres sichert seine Flotte von 36 Kriegsschiffen und 6 UBooten, zu denen bald schon im Bau befindliche weitere 5 Kriegsschiffe und 4 UBoote stossen. Es verfügt über eine starke, aus Kurz und Mittelstreckenraketen bestehende Luftabwehr.

3.1.8

Nordkorea

Nordkorea hat begriffen, dass nur sehr starke Streitkräfte verhindern können, von den USA, wie so viele andere Staaten in die Unterwerfung gebombt oder sogar besetzt zu werden.

Seine Streitkräfte sind zahlenmässig sehr stark (rund 1 Million plus 600'000 Reserve, zusätzlich starke paramilitärische Kräfte). Das Land hat starke, aber teilweise veraltete Panzer- Artillerie- und Raketenverbände, Luftwaffe und Flotte, einschliesslich einiger U-Boote. Im Raketenbereich hat es sich anscheinend die Fähigkeit zu weitreichenden Atomschlägen geschaffen, die möglicherweise die USA erreichen könnten. Nordkorea fürchtet seit Langem einen US Angriff, wie solche seit der Kolonialzeit zum westlichen Selbst-

verständnis gehören, um westliche politische Systeme und Interessen durchzusetzen und genehme Regierungen an die Macht zu bringen.

Dabei wirkt Libyen als abschreckendes Beispiel. 2004 hatte Gaddafi zugestimmt, sein Atomwaffenprogramm einzustellen und das gesamt dazugehörige Material den USA zu übergeben. Aber schon 2011 wurde er durch eine, die Opposition unterstützende massive westliche Bombenkampagne gestürzt (Mehr als 10'000 Kampfflugzeugeinsätze). Dabei wurde das grösste Wasserversorgungsprojekt der Welt zerstört, an sich ein Kriegsverbrechen, mit dem aus 3800 km Entfernung in bereits 3 (von 5 geplanten) Röhren von je 4 Metern Durchmesser Grundwasser aus den gigantischen Reserven in der Sahara in den trockenen, dicht besiedelten Norden gebracht wurde. Dort herrscht seither wieder Wasserknappheit.

China würde das Heranrücken der USA bis an seine Grenzen zu Nordkorea, wie der Westen das schon bei Russland gemacht hat, keinesfalls zulassen und militärisch dagegen vorgehen. Es ist undenkbar, dass Nordkorea ein anderes Land angreift, ausser es werde selber angegriffen. Das Land als „gefährlich für die Welt“ darzustellen, gehört zur westlichen Meinungsmanipulation zur Begründung von Angriffen.

3.1.9.

Weitere geopolitische Spannungsherde

Wir haben hier hauptsächlich die bedeutenden Mächte angeschaut, die die Spannungsherde gross und gefährlich machen. Aber es gibt eine Unzahl weiterer lokaler und regionaler, teilweise gegenwärtig nur unterschwelliger Spannungsherde, deren Treiber mittlere und kleinere Mächte sind und die je nach Lage aufgeheizt werden können. In der Regel führen sie zu keinen Konflikten, die die Welt erfassen könnten. Aber wenn sich dort die Umstände entscheidend ändern, interessieren sich u.U. grosse Mächte dafür, womit die Spannung zu einer global ausstrahlenden werden kann.

Der Konflikt zwischen Marokko und der Polisaria (bzw. Algerien) um die West-Sahara gehört zu dieser Kategorie, nachdem dort wichtige Bodenschätze gefunden wurden (Diamanten, Gold, Mineralien, darunter Uran).

Zum Verständnis dessen, was wir meinen, nennen wir hier als Beispiele einige weitere solcher kleiner Spannungsherde.

Einige haben ihre Wurzeln in jahrhundertalten Ereignissen: Türkei /Serbien (1389 Schlacht auf dem Amselfeld); Türkei/Kurden; Bolivien und Peru/Chile (Zugang Boliviens zum Meer); Belgien (Sprachenstreit); Argentinien/Grossbritannien (Falkland Inseln); Griechenland/Türkei (Teilung Zyperns,

Verlust der griechischen Gebiete an der Ostküste der Ägäis);

England/Nordirland; Sri Lanka (Singalesen/Tamilen); Österreich/ Italien (Südtirol); Ruanda (Tutsi/Hutu). Finnland/Russland (Karelien); Spanien (Baskenland, Katalonien);

Brunei/Malaysia/ Philippinen/Taiwan/ Vietnam (untereinander konkurrierende territoriale Ansprüche, zusätzlich zu denen mit China, und zum Konflikt um das Südchinesischen Meer und die dortigen Spratly Inseln). .

3.2.

Neutrale Spannungsherde (Nur wichtigste Informationen in Größenordnungen)

Es gibt quasi „neutrale“ Spannungsherde, die nichts mit der Konkurrenz unter den Mächten zu tun haben, aus verschiedenen Gründen grösser werden und trotzdem katastrophale Folgen und verschiedenste Reaktionen der Mächte und deren Menschen auslösen und auch konventionelle Konflikte noch verstärken könnten. Auch sie treiben das Entstehen einer neuen Weltordnung an. Die Bedeutendsten und ihre wichtigsten Merkmale werden hier kurz dargestellt. Es werden hier nur einige Größenordnungen gezeigt, damit die Problematik verstanden werden kann. Auf Details wird verzichtet. Die Zahlen der internationalen Gremien können leicht abgerufen werden. Verständlicherweise weichen sie leicht voneinander ab.

3.2.1. Bevölkerungszunahme

Warum sterben jährlich nur rund 55 Millionen(Mio.) Menschen bei einer Weltbevölkerung von ca. 7,6 Milliarden?

Werden wir im Durchschnitt 138 Jahre alt? Laut UNO liegt das Durchschnittsalter der Menschen heute bei 72 Jahren. Rein rechnerisch müssten jährlich 105 Mio. Menschen sterben. Der Grund ist das geringe Durchschnittsalter des grossen Teils der Menschheit. Es gibt Staaten, in denen fast die Hälfte der Bevölkerung nur 14 Jahre alt und jünger ist. Jährlich ersetzen 55 Mio. Neugeborene die Gestorbenen. Millionen von ihnen erhalten keine umfassende Schul und Berufsausbildung.

Aber das grössere Problem ist das Bevölkerungswachstum. Je nach Quelle beträgt es 83 bis 92 Mio. Neugeborene jährlich. Wir nehmen hier die unterste Zahl von 83 Mio. Das ist soviel wie Deutschland Einwohner hat. Jahr für Jahr geht es so weiter. Das sind 83 Mio. Babys, Neugeborene im ersten Lebensjahr. Das Wachstum findet vor allem in den ärmsten Ländern statt. Nehmen wir als Ausgangspunkt den 1. Januar 2018. Am 31. Dezember 2018 werden zusätzliche 83 Mio. Neugeborene, Babys, zur Menschheit gestossen sein. 2019 nochmals 83 Millionen und 2020 nochmals so viele. D.h. am 31. Dezember 2020, nur drei Jahre später, wird es gegenüber dem 1. Januar dieses Jahres (2018) rund 250 Millionen

mehr Babys und Kleinkinder bis zu ihrem 3. Geburtstag geben. Und so geht es weiter Jahr für Jahr. Das Wachstum nimmt langsam ab, aber nicht so schnell, wie von Experten vorausgesagt.

Kaum jemand ist sich bewusst, was das bedeutet. Jedes zusätzliche Baby bräuchte ein zusätzliches Bett, zusätzliches Wasser, zusätzliches Essen, zusätzliche Kleider, und dann, ab dem 6. Altersjahr durchschnittlich 15 Jahr lang eine gute Schul und dann Berufsbildung oder Universität, d.h. Lehrer, Unterrichtsräume, Material, zusätzlich zu dem, was im Vorjahr auf der Erde schon vorhanden war. Und so kommen jedes Jahr weitere 83 Mio. zusätzlich Neugeborener mit ihren zusätzlichen Bedürfnissen dazu. Und jedes Jahr bräuchte es 83 Mio. Arbeitsplätze für die, die ihre Ausbildung abgeschlossen hätten.

Dazu kommt noch die Armut. So schürt das Bevölkerungswachstum in den betroffenen Ländern grosse Spannungen und die Versuchung, auszuwandern. Wie es unsere eigenen Vorfahren und heute die Chinesen und andere Völker der Menschheit vormachten, können alle Staaten selber erfolgreich die Verantwortung für ihre Entwicklung übernehmen. Der Westen sollte endlich aufhören, anderen Völkern mit Bombenkampagnen, Krieg, Geheimdienstoperationen, wirtschaftlichen Massnahmen, Sanktionen, Entwicklungshilfe etc. seiner Sicht und seinen Interessen zu unterwerfen.

3.2.2

Armut

Laut UNO verhungern weltweit täglich rund 25'000 Menschen, davon mehr als die Hälfte Kinder. (Da grosse Massen eher Ängste als Mitgefühl auslösen, werben alle Hilfsagenturen immer mit dem Bild einzelner Menschen und Kinder. Der eine ertrunkene Bub am Strand weckt das Mitgefühl jedes Menschen). Dazu kommen noch periodisch regionale Hungersnöte, die Millionen von Menschen bedrohen, wie kürzlich die Hungersnot im Sudan und Zentralafrika. Gegen eine Milliarde Menschen ist extrem arm, verfügt also nicht einmal über 1.90 \$/Tag, die von der UNO festgesetzte Schwelle für bittere Armut.

In Süd und Mittelamerika, dem Mittleren Osten und Asien ist die Lage vergleichbar, obschon weniger extrem. Die Mehrheit der bald 8 Milliarden heutiger Menschen sind nach unseren Massstäben sehr arm, auch wenn sie über der Armutsgrenze der UNO liegen.

Was nützt der Rückgang der bitteren Armut, z.B. in Kenia von 1968 bis 2016 von 82% auf 43%, wenn gleichzeitig die Bevölkerung von 10 Mio. im Jahr 1968 auf 51 Mio. im Jahr 2018 gewachsen ist? D.h. die Zahl der unter der Armutsschwelle lebenden Menschen hat von rund 8 auf 21 Millionen zugenommen – in diesem einen Land.

3.2.3.

Umnutzung und Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Böden

Schon im Jahr 2011 befanden sich laut NZZ Folio vom 11/2012 beste landwirtschaftliche Böden auf allen Kontinenten der Fläche Westeuropas entsprechend in den Händen grosser Konzerne. Der Aufkauf geht weiter, wobei als neue grossmasstäbliche Käufer Länder wie China, Indien, Japan, sogar Saudi Arabien, und andere dazu gestossen sind. Sie alle fürchten, bald ihre wachsende Bevölkerung mit den eigenen landwirtschaftlich nutzbaren Böden nicht mehr ernähren zu können. Man kann sich gut vorstellen, was das für Spannungen zwischen den Standort- und den neuen Besitzerländern dieser teils riesigen Flächen auslösen könnte, sollte in den Standortländern der Böden die Lebensmittel knapp werden.

China ist ein anschauliches Beispiele für den Verlust von Boden. Überbauung, Vergiftung, Erschöpfung, Vordringen der Wüsten, Erosion führten von 1978 bis 2012 zu einem Verlust von 200'000 Quadratkilometer bester landwirtschaftlicher Böden (fünfmal die Fläche der Schweiz). Laut einer Langzeitstudie über 6.3 Millionen km² sind 20% des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens Chinas u.a. durch Schwermetalle verseucht, davon 4/5 über dem tolerierbaren Mass. So mussten z.B. 2012 12 Millionen Tonnen verseuchten Korn vernichtet werden. (Quellen: zuständige Ministerien, zitiert in der chinesischen Presse). Unser Planet verliert aus

obigen Gründen jährlich 100'000 km² Quadratkilometer landwirtschaftlichen Bodens. Weiter werden jährlich gegen 100'000 km² Wald abgeholzt.

Es ist nicht Thema dieses Berichtes, aber angesichts dieser Entwicklungen sollten wir uns in der Schweiz fragen, welche Landwirtschaftspolitik wir langfristig führen wollen. Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass wir heute ohnehin nur 55% unseres Lebensmittelbedarfs selber decken können.

Der grossmasstäbliche Aufkauf landwirtschaftlichen Bodens durch Länder und Konzerne hat in den hauptsächlich betroffenen afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Ländern verheerende Folgen.

(China und andere kaufen aber auch schon in Europa, z.B. der Ukraine, grosse Flächen auf):

Nach dem Landverkauf an fremde Staatsunternehmen und private Konzerne, müssen die dort lebenden Bauernfamilien ihren Boden verlassen, verlieren ihre Lebensgrundlage und ziehen in die Slums der grossen Städte. Die neuen Landbesitzer bauen riesige, höchst effiziente Plantagenbetriebe mit wenigen Arbeitskräften auf. Dort wird praktisch ausschliesslich für den Export in die zahlungskräftigen Länder produziert (z.B. Palmöl, Kakao, Kaffee, Rohstoffe für die Treibstoffproduktion usw.).

3.2.4.

Aufkauf der Rohstofflagerstätten

Sehr grosse Rohstoffkonzerne, und seit wenigen Jahren an vorderster Stelle Staatskonzerne aus China, kaufen weltweit Lagerstätten von Rohstoffen auf und betreiben dort Minen für den eigenen Bedarf. Die betroffenen Staaten verlieren die Kontrolle.

3.2.5

Zugängliches Süsswasser wird knapp

Die heute schon kritische Wasserversorgung verschlechtert sich aus menschengemachten und natürlichen Gründen weiter. Fachleute halten Wasser für einen der wichtigsten Kriegsgründe dieses Jahrhunderts. Hier einzelne Beispiele einer globalen Entwicklung. Aus natürlichen Gründen ist die Wasserversorgung einiger Milliarden Menschen jedes Jahr für kürzere Perioden kritisch, bei mehr als einer Milliarde ist sie dauernd höchst kritisch. Dazu kommen Probleme bei Ländern, die am Unterlauf grosser Ströme liegen, da ihre Nachbarn am Oberlauf Bewässerungsanlagen betreiben, ihre Trinkwasserversorgung alimentieren, Wasser zur Elektrizitätsgewinnung speichern (erhöht die Verdunstung massiv) und oft noch Industrien haben, die mit ihren Abwässern die Ströme verseuchen. Staaten, die am Unterlauf gelegen sind, geraten in Bedrängnis und Abhängigkeit (z.B. Ägypten von Äthiopien und

Sudan, Bangladesh von Indien und China. Auch die Schweiz liegt am Oberlauf grosser, für die Völker am Unterlauf wichtiger Ströme).

Der Aralsee, einst mehr als eineinhalb Mal so gross wie die Schweiz, ist fast ausgetrocknet.

Der Tschadsee in Zentralafrika, 1963 noch 25'000 km² gross, ist heute auf noch 1500-2500 km² geschrumpft. Die dortigen Einwohner Nigers, Nigerias, Tschads und Kameruns haben die Wälder abgeholzt, damit eine Trockenheit ausgelöst und das Wasser extensiv für Bewässerungszwecke aufgebraucht. Niger und Nigeria haben wegen des Rückzuges der Ufer keinen direkten Zugang mehr zum See. Betroffen sind Millionen von Menschen. Es sollen sich dort 2.7 Millionen Flüchtlinge in Lagern befinden, die hoffen, nach Europa auswandern zu können.

Gegenwärtig wird von einer chinesischen Firma eine gigantische Flussumleitung zur Rettung des Sees geprüft.

Auch anderswo wird Süsswasser für die Landwirtschaft knapp.

So wird in vielen sehr trockenen Ländern das fossile, sich nicht erneuernde Grundwasser aufgebraucht. Vor längerer Zeit hatte Saudi Arabien mitten in der Wüste mit nicht erneuerbarem Grundwasser bewässerte, riesige Far-

men aufgebaut, die mit je bis zu 50'000 holländischen Hochleistungskühen Milch produzierten. Da der Pegel des fossilen Grundwassers deswegen um mehrere hundert Meter abgesunken ist, hat die Regierung vor kurzem die Schliessung dieser Farmen in der Wüste angeordnet. Saudi Arabien kauft nun weltweit landwirtschaftlichen Böden auf. Das erwähnte, von Gaddafi aufgebaute grösste Wasserprojekt der Welt, „Wasser statt Waffen“, hat der Westen bei seiner Bombenkampagne 2011 teilweise zerstört.

Ein anderes Beispiel: Hatte China 1990 noch rund 50'000 Flüsse und kleinere Wasserläufe mit einem Einzugsgebiet von je mindestens 100 Quadratkilometern, zeigte ein 2011 durchgeführte landesweite Erhebung, dass die Anzahl auf rund 23'000 geschrumpft ist (Quelle: Peter Brabeck (Nestlé) und Asik Biwas im China Daily, 5.6.2013).

Seit Jahren werden die Quellen guten Trinkwassers und von Grundwasser von grossen Nahrungsmittelkonzernen, darunter Nestlé, aufgekauft.

Pro Jahr werden bereits 200 Milliarden Liter Wasser in Flaschen abgefüllt. An vielen Orten ist Trinkwasser nur noch in Flaschen erhältlich und sind die lokalen Brunnen ausgetrocknet, da die Quellen von den grossen Konzernen abgesaugt werden.

3.2.6.

Überfischung

Über das, von zum Teil asiatischen grossen Fangschiffen mit ihren langen Netzen und Leinen mit Angelhaken überfischte Mittelmeer hat jeder schon in der Zeitung gelesen. Jetzt sind sie vor Westafrika am Werk. Dort am Meer waren die Menschen stets vom Fischfang abhängig. Was wird daraus? Von was werden sich die dortigen Menschen in Zukunft ernähren?

3.2.7.

Wachsende Müllberge, Boden, Luft und Wasserverschmutzung

Wir stossen immer mehr an Grenzen. So ist z.B. bei uns die Handhabung des Mülls, der Abwasser und der Abgase noch teilweise unter Kontrolle. Aber in vielen ärmeren Ländern, obschon sie pro Kopf der Bevölkerung nur einen Bruchteil des Mülls der hochentwickelten Länder wie der Schweiz produzieren, ist die Menge an festem und flüssigem Müll und Abgasen nicht mehr zu beherrschen und verschmutzt und verseucht den Boden, die Gewässer, die Meere und die Luft. In vielen Ländern entstehen hohe Hügel aus Müll, in anderen verschmutzt er zunehmend die Städte, Landschaft und Seen. Die weit über die zugelassene Werte ansteigende Luftverseuchung in China ist allgemein bekannt und grosse Flüsse und Seen riechen dort wie Jauche. Auch über die riesigen Wirbel von Plastikmüll

im Pazifik wird immer wieder berichtet. Inzwischen werden auch aus vielen anderen Meeren riesige Plastikansammlungen gemeldet. Grösserer Plastik wird von Wassertieren und -vögeln gefressen. Sie sterben daran. Noch schlimmer: Der Plastik zerfällt zu winzigen Teilchen und gelangt da und dort ins Trinkwasser oder über das Meer ins Plankton. Die winzigen Lebewesen, die in der Nahrungskette der Meere zuvorderst stehen, sterben ab.

Die USA und Europa exportieren bedeutende Mengen, besonders mit Giftstoffen verseuchten oder radioaktiven Müll nach Asien, Afrika und Lateinamerika. China hat kürzlich den Import von Müll verboten.

Accra, die Hauptstadt Ghanas, erhält monatlich 100 Container elektronischen Mülls wie erwähnt vom „Westen“.

Das Müllproblem zeigte sich vor nicht langer Zeit in China, als 20'000 tote Schweine (Seuche) von den Bauern in den Fluss Huang Pu geworfen und nach Schanghai gespült wurden. Es wurden auch schon „Bergrutsche“ an Müllbergen in China gemeldet, die die Bewohner in ihren am Fuss der Hügel liegende Häusern begruben. Gegenwärtig produziert die Welt pro Jahr laut Weltbank 1.3 Milliarden Tonnen Müll. Bis 2025 soll er auf 2.2 Milliarden Tonnen ansteigen. Je reicher die Länder sind, desto mehr Müll produzieren sie pro Einwohner. In unseren Supermärkten ist alles was wir kaufen, in Müll eingepackt (Plastik, Karton usw.), inzwischen sogar einzelne

Gurken, Rettiche, Salatköpfe etc.

3.2.8.

Megaverstädterung

Eine weitere beunruhigende Entwicklung ist die Megaverstädterung, das Entstehen gigantischer Städte. Viele haben heute schon grosse Slums aus Kartons, Holzkisten, Pneus oder heruntergekommene, abgeschottete Quartiere des Drogenhandels und der Kriminalität. Der grösste Slum Nairobis zählt 250'000 Bewohner. Gegenwärtig gibt es weltweit bereits rund 40 Städte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern. China hat rund 200 Städte mit je einer bis zu mehreren Millionen umfassenden Bevölkerung. An der Weltspitze stehen Tokio mit rund 36 Millionen Einwohnern, Chongqing mit 33 Mio., Mumbai, MexikoStadt, Sao Paolo, New York, alle mit bereits rund 20 Mio. Die Bewegung vom Land in die Stadt geht schnell weiter.

3.2.9.

Verschuldung

Ein noch in der Tiefe schlummernder Spannungsherd, der beim Auftauen flächendeckende, gewalttätige Unruhen auch in Europa auslösen könnte, ist die gigantische Verschuldung der Staatenwelt, aber in vielen Ländern auch der Unternehmen und Privater. An der Spitze stehen die USA mit gegenwärtig mehr als 20'000 Milliarden \$ (zwanzigtausend Milliarden) Schulden. Derartige

Beträge können nie mehr zurückbezahlt werden. Auch in China sind die offiziellen und inoffiziellen Schulden sehr hoch. Zudem besitzt es (Juli 2018) US-Staatsanleihen im Wert von fast 1'200 Mia \$! Die Schuldenwirtschaft in der EU ist ebenfalls sehr beunruhigend. Sollten die Schuldenberge zusammenbrechen, die Menschen ihre Ersparnisse verlieren, und/oder das Geld in einer Hyperinflation rasch weniger wert sein, als das Papier, auf dem es gedruckt wird, würde das zu flächendeckenden, chaotischen, gewalttätigen Zusammenbrüchen auch in Europa führen. Das war z.B. in der deutschen Hyperinflation in der ersten Hälfte der 1920er Jahre der Fall. (Der Verfasser hat noch einzelne Banknoten im „Wert“ von je 10 Milliarden (!) Mark). Einige Jahre später kam Hitler an die Macht.

3.2.10

Unabsichtlich ausgelöster Atomkrieg

Eine ganz besondere Gefahr, derer sich kaum jemand bewusst ist, ist die Auslösung eines unabsichtlich oder durch einen technischen Fehler ausgelösten Atomkrieges. Die Welt befand sich schon einige Male in dieser Lage. Da die sogenannte „Vorwarnzeit“ immer kürzer wird (noch wenige Minuten), wächst die Gefahr. Die Gruppe Giardino hatte dem Bundesrat (18.02.2015) den Vorschlag unterbreitet, dieses Problem dem internationalen Gremium als vordringlich zu unterbreiten. Der damalige

Bundespräsident Didier Burkhalter bestätigte, dass der Bundesrat dieses Problem auch als sehr beunruhigend betrachte. Er schlug dann in seiner Rede vom 27. April 2015 im Namen der Schweiz vor dem internationalen Gremium zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vor, dieses Problem separat und vordringlich anzugehen, da die angestrebte Abschaffung aller Atomwaffen noch sehr lange dauern werde.

3.2.11.

Terrorismus, organisierte Kriminalität und andere potentielle Spannungsherde

Es gibt natürlich noch zahlreiche andere Spannungsherde. Einige, wie der Terrorismus, eine Pandemie, grossmasstäbliche Kriminalität etc. wurden im SIPOL B 2016 des Bundesrates besprochen. Der Terrorismus bliebe ein kontrollierbares Problem, sofern die Terroristen nicht in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommen und die Staaten die Mittel hätten, um ihn zu bekämpfen. Allerdings haben die europäischen Staaten, darunter die Schweiz, mit ihrer naiven, fahrlässigen Einwanderungspolitik und Zerschlagung der Armee ideale Voraussetzungen für staatliche oder nichtstaatliche Akteure geschaffen, durch sorgfältige Planung und Vorbereitung und Einschleusen der Kämpfer zu einem gegebenen Zeitpunkt mit zahlreichen massiven Terroranschlägen zuzuschlagen. Glaubt man Berichten, so

hat sich auch die organisierte Kriminalität dank grenzenloser Globalisierung weltweit ausgebreitet.

Die Globalisierung, und die durch sie ausgelöste gewaltigen Umschichtung der Weltwirtschaft, bei gleichzeitig sehr rascher Zunahme der Zahl der extrem Reichen und der von ihnen kontrollierten Vermögen und Macht, beeinflusst die neue Weltordnung, könnte aber auch zu Gewaltausbrüchen führen. Laut dem HurunReport nahm im Jahr 2018 die Zahl der DollarMilliardäre um 437 auf insgesamt 2694 zu. Ihr Reichtum wuchs gegenüber dem Vorjahr um 31% (!) auf 10.5 Billionen \$ (= 10'500 Milliarden \$), das entspricht 13.2% der gesamten Wirtschaftsleistung der Welt. Hatte China 2006, laut der chinesischen Presse, nur 15 Dollar-Milliardäre, sind es heute, nur zwölf Jahre später – dank der mit der Globalisierung verbundenen „Auslagerung“ von immer mehr europäischen und amerikanischen Arbeitsplätzen nach China und der dort herrschenden sozialen Verhältnisse bereits 819. Damit steht China weltweit an der Spitze. Erstaunlich, dass die SPS die Globalisierung unterstützt.

Die rasch steigende Abhängigkeit von der Elektrizität und der Elektronik mit der Digitalisierung von immer mehr für das Funktionieren der Gesellschaft und das Lebens des Einzelnen überlebenswichtigen Bereichen wird zu einer tödlichen Gefahr. Die Auswirkungen eines möglichen, länger dauernden, flächen-

deckenden Blackouts wären katastrophal.

China baut gegenwärtig ein totales elektronisches Überwachungssystem jedes Einzelnen auf.

Die Auswirkungen der Roboterisierung, auf die Arbeitswelt und Wirtschaft können noch nicht wirklich abgeschätzt werden.

4. FORDERUNGEN

Angesichts der bedrohlichen Sicherheitslage, der Möglichkeit eines Krieges in wenigen Jahren, verschärft durch die nicht mit Machtpolitik verbundenen Entwicklungen, fordern wir eine sofortige Wiederherstellung der tragenden Säulen der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

- Einer verfassungsmässigen Armee laut Art. 58 ff. der Bundesverfassung.
- Der Integralen Neutralität

Zur Eidgenossenschaft gehört auch die direkte Demokratie und die Ablehnung fremder Herren und Richter.

4.1. Allgemeine Forderungen

4.1.1 Neutralität

Die Schweiz muss sofort ihre integrale

Neutralität wieder herstellen. Dies ist auf zwei Wegen möglich: Sie tritt sofort aus der Partnerschaft für den Frieden und der Interoperabilitätsplattform der NATO aus und nimmt nicht mehr an Manövern von Mitgliederarmeen der NATO teil, oder sie baut mit Russland eine vergleichbare Zusammenarbeit auf. Bei der zweiten Variante würde sie vom militärischen Wissen beider Lager profitieren.

4.1.2 Wehrpflicht und Miliz

Die Wehrpflicht gehört zur Schweiz. Sie ist sofort wieder durchzusetzen, der Zivildienst auf seinen ursprünglichen Zweck zurückzuführen. Die Offiziere und Unteroffiziere, besonders auch die Kommandanten, sollen überwiegend Milizoffizieren sein.

Weder in der Ausbildung noch in den Wiederholungs-, Weiterbildungs- und Spezialkursen darf die heute in unserem Land übliche Verhätchelungskultur gepflegt werden. Die Ausbildung muss sich am denkbar schlimmsten Kriegsbild ausrichten. Fremde Armeen müssen in ihren Analysen der Schweizer Armee wieder sagen: „Der Schweizer Soldat zeichnet sich durch Heimatliebe, Härte und Zähigkeit aus“.

4.1.3. Mobilmachung

Angesicht der Fähigkeit anderer Streitkräfte, ist sofort wieder die Mobilmachung und Ausrüstung der ganzen Armee innert zwei bis drei Tagen aufzubauen. Für kritische Objekte (z.B. Kriegsflugplätze) sind zu deren Schutz sofort wieder innert Stunden kampfbereite Truppen aufzustellen.

4.1.4. Dienstpflicht

Die Dienstpflicht muss fühlbar, die Anzahl der im Frieden zu leistender Dienstage nur wenig verlängert werden. Das in den Diensten erworbene, auch aus dem Zivilleben mitgebrachte Können und Wissen die Wehrmänner muss der Armee möglichst lange erhalten bleiben.

4.1.5. Führung

„Die Führungsstruktur ist auf den Kampf der verbundenen Waffen auszurichten durch eine klare Trennung von Führung und Verwaltung (Verzicht auf „Führung ab Bern“). Dabei ist im Führungsbereich der Milizteil auszubauen.“ (Quelle: Simon Küchler, KKdt aD, Schweizer Soldat, April 2017). In der Ausbildung militärischer Führer ist deren Selbstständigkeit zu fördern. Militä-

rische Führer müssen lernen, im Falle des Ausfalls der Kommunikation mit vorgesetzten Kommandostellen auf Grund eigener Entscheide zu handeln, bis hin zum Handeln gegen den Befehl, um das übergeordnete Ziel zu erreichen (Übernommen von der Führung der US Streitkräfte).

4.1.6.

Stationierungskonzept, Lagerung von Waffen, Munition, Fahrzeugen, Ausrüstung.

Keine Entsorgung von Anlagen und Ausrüstung

Die gesamte Ausrüstung der Armee ist wie früher in zahlreiche dezentrale Lager zu verteilen, wie das anscheinend im Rahmen der WEA teilweise vorgesehen ist. Da viele Kavernen und unterirdische Anlagen nicht mehr benötigt werden, kann man je nach deren Lage einen Teil dort lagern.

Mit sofortiger Wirkung dürfen bis zum Wiederaufbau einer verfassungsmässigen Armee keine Anlagen der ehemaligen Infrastruktur, Kampfstellungen, Ausrüstung und Waffen mehr entsorgt werden. Das gilt insbesondere für die wirkungsvollen, widerstandsfähigen 12-cm Festungsminenwerfer.

4.1.7.

Kommunikation

Unsere Truppen müssen lernen, in einem der Kommunikation verwehrteten Umfeld in völliger Isolation zu kämpfen

und sich wieder mit Karte und Kompass zurecht zu finden. Sämtliche Verbände haben auch konventionelle Kommunikationssysteme unter der elektronischen Schwelle aufzubauen und zu beherrschen, die nicht durch elektronische Mittel, Cyberwar etc. ausgeschaltet werden können. (z.B. Morse, Lichtsignale, Meldeläufer, etc.). Die Armee darf keinesfalls nur von den modernen elektronischen Kommunikationsmitteln abhängen und so leicht kampfunfähig gemacht zu werden.

4.1.8.

Volle Kontrolle über die eigenen Waffensysteme

Die Schweiz muss die volle Kontrolle über alle Waffensysteme haben. Es darf keine Systembestandteile geben, die nur der ausländischen Kontrolle unterliegen (wie den USA anscheinend beim F/A 18 Kampfflugzeug).

4.1.9.

Beschaffungswesen.

Das einzige Kriterium bei der Beschaffung von Waffen und Ausrüstung darf nur deren militärischer Nutzen und das KostenNutzenverhältnis sein. Der Prozess muss beschleunigt werden. Weiter darf nur die Eignung der Waffen und Ausrüstungsgüter für die Schweizer Armee das Kriterium bei der Auswahl von potentiellen Lieferanten sein. Aus Quali-

täts und neutralitätspolitischen Gründen sind auch Waffen und Ausrüstungen aus russischer Produktion in Betracht zu ziehen. Besonders die Beurteilung der russischen Flugabwehr durch die militärische Führung der USA spricht dafür, in diesem Bereich russische Waffen anzuschaffen.

4.1.10.

Sofortiger Aufbau einer Nationalgarde

Selbst nach dem Wiederaufbau der Armee gemäss unserer Forderung, wird sie nicht gross genug sein und zum Teil von der Ausrüstung und Ausbildung her auch nicht den Anforderungen entsprechen, die eine Sicherungstruppe erfüllen müsste, um grossflächige Bedrohungen der inneren Sicherheit zu bewältigen. Solche können unabhängig von kriegerischen Geschehen das ganze Land erfassen, sollte z.B. eine umfassende Terrorattacke gegen unser Land ausgelöst werden. Auch grosse, gewalttätige Unruhen in unseren Nachbarländern, grosse Flüchtlingsströme u.a. könnten ohne entsprechende Sicherungstruppen rasch auf unser Land überschwappen und es destabilisieren. Während die Armee ganz auf den Krieg vorbereitet werden muss und im Ernstfall der Kampf gegen den Gegner ihre einzige Aufgabe ist, können Bedrohungen der inneren Sicherheit, die Bewachung wichtiger Anlagen und der Schutz von Bevölkerungszentren im Kriegsfall solche, die noch nicht im Be-

reich von Kampfhandlungen sind sehr grosse Verbände erfordern. Im Vordergrund steht dabei der grossflächige Terrorismus. Es sind aber auch andere Formen der flächendeckenden Ausbreitung der Gewalt denkbar, sollten zum Beispiel die Finanzwirtschaft oder das Währungssystem an den gigantischen Schulden zerbrechen.

Die französische „Garde Nationale“ die uns als Beispiel, obschon es viele andere gibt (z.B. in den USA). Eine solche wurde zur Zeit der französischen Revolution gegründet und durchlief verschiedene Hochs und Tiefs. Nach den Terroranschlägen von Nizza und Paris hatte Staatspräsident François Hollande angekündigt, eine neue Nationalgarde aufzustellen. Seit Oktober 2016 besteht sie legal auf freiwilliger Basis für Männer und Frauen als Reserve für Armee, Gendarmerie und Polizei. Durchschnittlich melden sich täglich 50 Freiwillige an. So wird sie dieses Jahr bereits 85'000 freiwillige Männer und Frauen umfassen. Laut Medienberichten geniesst sie die Unterstützung der Bevölkerung.

In der Schweiz gibt es – im Gegensatz zu den sehr klaren, vom Bundesrat und Parlament verletzten Verfassungsartikeln zu Armee – keine Verfassungsgrundlage, die eine Nationalgarde rechtsgültig zulassen würde. Wir skizzieren deshalb hier nur, wie wir sie uns vorstellen könnten. Die entsprechenden Verfassungserweiterungen müssten dem Volk so rasch als möglich vorgelegt werden.

Die Nationalgarde sollte auf freiwilliger

Basis Frauen und Männern offen stehen, die nicht oder nicht mehr in der Armee eingeteilt sind. Ab einem Minimalalter (z.B. 18) sollte das Alter nach oben offen und die Dienstfähigkeit nur vom geistigen und körperlichen Zustand jedes Mitgliedes abhängig sein. Prioritär sollte sie den Kantonen unterstehen, aber der Bundesrat sollte das Recht haben, sie bei einem das ganze Land oder grosse Teile erfassenden Notstand einem nationalen Kommando zu unterstellen. Aber auch grosse Gemeinden (z.B. Zürich, Genf, Basel etc.) sollten die Möglichkeit haben, die kantonalen Verbände der Nationalgarde bei grossen Problemen auf ihrem Gebiet zu mobilisieren und einem städtischen Kommando zu unterstellen.

Die Nationalgarde sollte über moderne, zusätzlich auch vorelektronische, einfache, robuste Mittel der Kommunikation und leichte Waffen für Schutzaufgaben sowie über Schutzanzüge verfügen. Die persönliche Ausrüstung soll vom einzelnen Mitglied aufbewahrt, das Korpsmaterial lokal gelagert werden. .

4.2

WIEDERAUFBAU EINER VERFASSUNGSMÄSSIGEN LANDESVERTEIDIGUNG

4.2.1.

Armeebestand sofort auf 220'000 Mann aufstocken.

In der Abstimmung von 2003 hat unser Volk für die Armee einen Bestand von 220'000 Mann genehmigt.

Wir respektieren diesen Volksentscheid und fordern, dass unsere Armee sofort auf diesen Bestand aufgestockt werde. Da viele Wehrmänner bis vor kurzem noch in seither aufgelösten Verbänden Dienst leisteten, sind ihre Erfahrung und Können immer noch vorhanden.

(Die Geschlechterfrage wird in unserem Bericht nicht diskutiert, aber grundsätzlich wird der militärische Einsatz von Frauen für unser Land von uns nicht in Frage gestellt, aber das wie und wo sollte debattiert werden.

So kommen Kampfverbände nicht in Frage, die aus beiden Geschlechtern bestehen).

Es werden hier nicht konkrete Forderungen nach dieser oder jener Waffe und so und so vielen Soldaten pro Verband etc. gestellt.

Das können Milizoffiziere und Mitarbeiter des VBS der verschiedenen Waffengattungen besser. Hier werden die Grundzüge diskutiert.

Wir müssen sofort eine ganz energische Anstrengung unternehmen, damit wir in wenigen Jahren besser vorbereitet sind, als wir das mit der WEA sein würden. Besser heisst noch lange nicht genügend, denn für das sind 10-15 Jahre erforderlich. Aber wie oben dargestellt, haben wir möglicherweise diese Zeit nicht mehr. Diese Dringlichkeit muss dem Parlament erklärt werden, damit es seine Fehlentscheide korrigiert. Nur

eine starke Armee kann die KostenNutzenrechnung, wie im zweiten Weltkrieg, für einen Angreifer in die Roten Zahlen drücken, so dass sein Aufwand im Verhältnis zu den zu gewinnenden Vorteilen negativ wird und er auf einen Angriff verzichtet.

4.2.2

Eine Armee für den künftigen Krieg

Wir halten das Bild des künftigen Krieges, wie es von der obersten militärischen Führung der USA gezeichnet wurde, für sehr plausibel, und wiederholen es hier nochmals in Stichworten: Tödlicher als alle Kriege der letzten 70 Jahre. Die potentiellen Feinde der USA verfügen über die Fähigkeit, die Kommunikation der Streitkräfte der USA selbst bis zum Weissen Haus zu unterbrechen. Sie verfügen über eine zeitverzugslose Aufklärung; punktgenaue, zerstörerische Kampfmittel. Der strategische sowie der Nachschub in Kampfgebiete ist kaum mehr möglich, der Einsatz der Luftwaffe über dem Gefechtsfeld oft nur nach Ausschalten der gegnerischen Luftabwehr denkbar. Der Kampf der US Armee soll von extrem beweglichen und über alle Waffen, auch weitreichende verfügende, eher kleinen Verbände geführt werden, die sich weit auseinandergesogen verschieben, für den Kampf ganz kurz konzentrieren und sofort wieder weit verteilen, sonst würden sie vernichtet. Dazu werden selbstverständlich vom Feind je nach Bedarf

sämtliche neuen Kriegsmittel eingesetzt: Drohnen, Cyber, Laser, Weltraum, Hyperschall, Prompt Global Strike, ev. sogar ABCWaffen, darunter der NEMP. Für diese Kriegsform muss sich unsere Armee so rasch als möglich vorbereiten, aber unter Berücksichtigung der für uns geltenden Umstände. Wir müssen berücksichtigen, was man schon im 2.WK in deutschen Angriffsplanungen lesen konnte: Im Kriegsfall werde unser ganzes kleines Land zum Schlachtfeld. Unser auch früher von allen Kriegsparteien als „schwierig“ beurteiltes Gelände erlaubt uns eine solche bewegliche Kriegführung auch wegen der zu erwartenden Luftüberlegenheit eines Feindes nicht. Wir können eine solche mit einer genügend starken Luftwaffe nur an Brennpunkten für kurze Zeit erringen. Wir können aus finanziellen Gründen auch nicht die ganze Armee mit gepanzerten Kampffahrzeugen ausrüsten und keine einem Feind ebenbürtige Luftwaffe, noch eine das ganze Land lückenlos abdeckende Luftabwehr aufbauen. Dafür verfügen wir über eine sehr anspruchsvolle Verkehrsinfrastruktur, die für einen modernen Gegner von entscheidender Bedeutung ist. Deshalb sollten wir sofort deren Zerstörung vorbereiten, wie das bis vor wenigen Jahren der Fall war. Das VBS begründet den Abbau des Zerstörungsnetzes u.a. damit, Zerstörungen liessen sich heute leicht mit mobilen Sprengsätzen durchführen. Es sind sofort Truppen auszubilden, den zu zerstörenden Objekten zuteilen und vor Ort sind solche mobilen

Sprengsätze bereit zustellen. Das kann sehr schnell geschehen.

Um diesen Anforderungen zu genügen, bräuchten wir eine

NAGELBRETTARMEE

4.2.3

Die neue Konzeption NAGELBRETT.

Wir nennen unsere neue Konzeption „NAGELBRETTARMEE“. Wir müssen die Schweiz in ein NAGELBRETT verwandeln, auf dem jeder Schritt zum Treten auf zwar nicht sehr grosse, aber harte Nägel wird. Mehrere „Nägel“ müssen so positioniert sein, dass sie sich gegenseitig mit Feuer unterstützen können. Infanteristen und Spezialisten bemannen die „Nägel“. Sie kämpfen weitgehend unabhängig und sehr dezentralisiert und sperren und halten. Sie sperren Einfallstore ins Land, Achsen/Täler, halten Knotenpunkte, zentrale Anlagen der Infrastruktur und verteidigen grosse Bevölkerungszentren. Alle müssen lernen in völliger Isolation und zeitweise ohne Verbindung zu vorgesetzten Kommandostellen oder Nachbarverbänden in einem bestialischen Umfeld durchzuhalten. Die drei, dann wieder echten mechanisierten Brigaden sind das bewegliche Element. Sie bewegen sich zwischen den „Nägeln“ hindurch, um durchgebrechenden

oder luftgelandeten Gegner zu bekämpfen.

Die Schweiz muss mit einem Netz unzähliger, sehr kleiner, gehärteter Kampfstellungen, wie zum Beispiel früher die Kugelbunker, zum Sperren und Halten versehen werden, die jede nur über 2-5 Wehrmänner und nur je über eine der verschiedenen wirkungsvollen Waffen verfügt (Panzer, Luftabwehr, weitreichende, wirkungsvolle Feuermittel und zahlreiche automatische Waffen).

Die Kampfstellungen müssen weit auseinander liegen, aber doch so nahe beieinander, dass sie sich gegenseitig mit Feuer unterstützen können. So können wir grosse Verluste vermeiden. Mit den Territorialdivisionen laut Verordnung über die Strukturen der Armee (VSA) ist das Konzept schon etwas vorbereitet, aber diese müssen auch von der Anzahl Wehrmänner, der Verbände und der schweren Waffen her mindestens wieder zu echten Brigaden werden. Dazu sind zahlreiche neue Infanteriebataillone zusätzlich zu den 17 bestehenden und dringend wieder echte Gebirgstruppen, aber auch weitere Spezialtruppen (z.B. Artillerie, Aufklärung, Luftabwehr und Unterstützungstruppen,) aufzubauen.

Die Infanteriebataillone müssen wieder über eine umfassende, nicht nur wie vom Bundesrat vorgegeben, „eingeschränkte Verteidigungsfähigkeit“ verfügen. Grundsätzlich müssen die Verbände über eine eigene Luft und weitreichende Panzerabwehrwaffen

verfügen. Die Armee muss auch über eine starke, weitreichende Luftabwehr verfügen, die einerseits die Truppen, andererseits die wichtigsten Anlagen der Infrastruktur und Bevölkerungszentren schützen kann, auch gegen die zahlreichen Kampfhelikopter potentieller Feinde. Dazu gehört eine glaubwürdige Luftwaffe, die über mehrere geschützte Kriegsflugplätze verfügt, die durch Truppen und Luftabwehrmittel geschützt wird, die innert Stunden mobilisiert werden können. Dringend sollte die Anschaffung von Kampfhelikoptern geprüft werden.

Die drei mechanisierten Brigaden müssen zu echten Kampfbrigaden mit mindestens je zwei Panzer, vier mechanisierten Infanteriebataillonen und zwei Artillerieabteilungen und eigenen Unterstützungstruppen (Pontoniere, Sappeure, Sanität, Aufklärung, etc.) werden, und auch über eigene, sehr wirkungsvolle Luftabwehrmittel verfügen. Die Logistik muss dezentralisiert werden und Unterhalts und Reparaturtruppen müssen direkt den grösseren Verbänden unterstellt werden. Das Verschieben von Waffen und Geräten zur Wiederherstellung in Logistikzentren und zurück zur Truppe ist im Kriegsfall undenkbar

Ohne eine starke Luftwaffe, die sowohl an entscheidenden Stellen zeitweise den Luftraum beherrschen und Angriffe auf Bodenziele und selbstverständlich Aufklärung betreiben kann und sich auf

mehrere, von Bodentruppen gut verteidigten Flugbasen stützt und eine Luftabwehr, die von Kurz, Mittel bis zu weitreichenden Distanzen die verschiedensten Ziele bekämpfen kann, werden die Möglichkeiten der Armee massiv eingeschränkt.

Selbstverständlich brauchen wir auch Einheiten, die in den neuen Bereichen der Kriegführung, (Elektronik, Cyberwar, etc.) den Überblick haben und über die Mittel verfügen, um Abwehrmassnahmen zu ergreifen. Wir dürfen uns diesbezüglich aber keinen Illusionen hingeben.

Zugegebenermassen bräuchte der Wiederaufbau einer solchen Armee – wir hatten eine solche noch vor nicht langer Zeit nicht nur bedeutende finanzielle Mittel, sondern was bei der politischen und amtlichen Schweiz noch seltener vorhanden scheint, ein sehr unkonventionelles, kreatives Denken und Herangehen an diese Aufgabe und vor allem Schnelligkeit bei Entscheiden und der Durchsetzung.

Sobald eine starke NAGELBRETT-Armee umgesetzt ist, verfügt unser Land wieder über eine verfassungsmässige, auch dem Haager Abkommen entsprechende kriegsverhindernde Armee.

Es eilt sehr !

Gotthard Frick, Bottmingen
Stand: 3. September 2018

Nutzungsbestimmungen der E-Mail

„Verein Basler Liberale Nachrichten und Themenmagazin Summarum“

Die «Basler Liberale Nachrichten und Summarum Magazine», sind parteilos und keiner politischen Partei verpflichtet. Es ist das Ziel der «Basler Liberale Nachrichten und Summarum Magazine»,
Meinungen aus jeder Denkrichtung zu Wort kommen zu lassen.

„Verein Basler Liberale Nachrichten und Themenmagazin Summarum“

sind Vertreter einer liberalen und pluralistischen Meinungsvielfalt.
„Verein Basler Liberale Nachrichten und Themenmagazin Summarum“
publizieren in einer Ausgabe auch völlig gegensätzliche Meinungen und stellen sie sich gegenüber.

Die Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors wieder, aber nicht notwendigerweise die der Redaktion der «Basler Liberalen Nachrichten».

Rechtshinweise:

1)
„Verein Basler Liberale Nachrichten und Summarum Magazine“ ist ein freies Presseorgan in Form einer persönlichen an den Adressaten gerichteten E-Mail und gibt Nachrichten weiter im Sinne gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention:

2)
Die „Basler Liberale Nachrichten“ übernimmt keinerlei Verantwortung für den Inhalt der Berichte und Reportagen fremder Wort oder -Filmbeiträge.

2b) Die Weiterleitung des Webmagazins an Personen die nicht im Abonnementsverbund sind, müssen bei „Basler Liberale Nachrichten und Summarum Magazine“ anfragen.
Die Verwendung von Inhalten oder Teilen ist ausschliesslich an den Abonnenten der „Basler Liberale Nachrichten“ gerichtet und darf nicht weitergeleitet werden.

3)
Der „Verein Basler Liberale Nachrichten und Summarum Magazine“, übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Seiten. Externe Links sind als solche gekennzeichnet und verweisen auf Urheberrechte Dritter.
Jegliche Haftung ist ausgeschlossen.

4)
Urheberrechte

Die Webseiten, Layout und Logo der „Verein Basler Liberale Nachrichten und Summarum Magazine“ sind urheber- und markenrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere der Verwertung, Verbreitung, Übersetzung, des Nachdrucks, die Verwendung von Abbildungen, die elektronische Verbreitung, und die Widergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und die Speicherung in Datenverarbeitungsmedien, bleiben bei den «Basler Liberalen Nachrichten.»

Erweiterte Nutzungsbestimmungen der E-Mails der „Basler Liberale Nachrichten und Summarum Magazine“.

Datenschutz

Wenn Sie mittels E-Mail oder Onlineformular Kontakt mit „Basler Liberale Nachrichten“ aufnehmen möchten, sollten Sie wissen, dass Ihre persönlichen Daten (Name, Mailadresse), zur Kommunikation mit Ihnen elektronisch gespeichert werden.

Diese Daten werden grundsätzlich vertraulich behandelt, keinesfalls an Dritte verkauft oder vermietet.

Eine Übermittlung an Dritte erfolgt nur mit Ihrer Einwilligung, insbesondere soweit die Übermittlung zur Erbringung von Ihnen in Anspruch genommener Dienste erforderlich ist.

Mit der Nutzung dieser Website und der Abgabe Ihrer persönlichen Daten per E-Mail oder Onlineformular geben Sie Ihre Einwilligung zu der hier beschriebenen Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer persönlichen Daten. Sie können diese Einwilligung jederzeit widerrufen und auch die Löschung Ihrer Daten verlangen. Basler Liberale Nachrichten wird Ihre Angaben nicht für Drittwerbung weitergeben!

Haftungsausschluss:

1. Inhalt des Onlineangebotes

Der Autor übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen den Autor, die sich auf Schäden materieller oder immaterieller Art beziehen, welche durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen. Alle Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Der Autor behält sich ausdrücklich vor, Teile der Seiten oder das gesamte Angebot ohne gesonderte Ankündigung zu verändern, zu ergänzen, zu löschen oder die Veröffentlichung zeitweise oder endgültig einzustellen.

2. Verweise und Links

Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Autors liegen, distanziert sich der Autor hiermit ausdrücklich von sämtlichen Inhalten, die auf diesen Seiten veröffentlicht werden. Diese Feststellung gilt gleichermaßen auch für Fremdeinträge in vom Autor eingerichteten Gästebüchern, Diskussionsforen und Mailinglisten.

3. Urheberrecht

Der Autor ist bestrebt, in allen Publikationen die Urheberrechte der verwendeten Grafiken, Tondokumente und Texte zu beachten, von ihm selbst erstellte Grafiken, Tondokumente und Texte zu nutzen oder auf lizenzfreie Grafiken, Tondokumente und Texte zurückzugreifen. Sollte sich auf den Seiten dieser Website dennoch eine ungekennzeichnete, aber durch fremdes Urheberrecht geschützte Grafik, Tondokument oder Text befinden, so konnte das Urheberrecht vom Autor nicht festgestellt werden. Im Falle einer solchen unbeabsichtigten Urheberrechtsverletzung wird der Herausgeber das entsprechende Objekt nach Benachrichtigung unverzüglich aus seiner Publikation entfernen oder mit dem entsprechenden Urheberrecht kenntlich machen.

Das Urheberrecht für veröffentlichte, vom Autor selbst erstellte Objekte bleibt allein beim Autor der Seiten. Der Herausgeber darf diese lediglich zum vereinbarten Zweck nutzen (Publikation BLN oder SUMMARUM. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Grafiken, Tondokumente oder Texte in anderen elektronischen oder gedruckten Publikationen ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

4. Rechtswirksamkeit dieses Haftungsausschlusses

Dieser Haftungsausschluss ist als Teil des Internetangebotes zu betrachten, von dem aus auf diese Seite verwiesen wurde. Sofern Teile oder einzelne Formulierungen dieses Textes der geltenden Rechtslage nicht, nicht mehr oder nicht vollständig entsprechen sollten, bleiben die übrigen Teile des Dokumentes in ihrem Inhalt und ihrer Gültigkeit davon unberührt.

Auf alle Rechtsbeziehungen aus dem Vertrag zwischen der Betreiberin des Magazins und Website und dem Nutzer sowie diesen AGB ist schweizerisches Recht unter Ausschluss der Bestimmungen des UN-Kaufrechts anwendbar.

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Basel als der Sitz Betreiberin des Magazins und Website. Zuständig sind die staatlichen Gerichte. Anwendbar ist ausschliesslich Schweizer Recht.

Die Betreiberin des Magazins und Website,

„Verein Basler Liberale Nachrichten und Summarum Magazine“.

kann allerdings Klagen gegen den Nutzer auch an dessen Sitz oder Wohnsitz anhängig machen.

Basel, 22. August 2018

Erweiterte Nutzungsbedingungen „Verein Basler Liberale Nachrichten und Themenmagazin Summarum“

Alle unsere Artikel, an denen wir die notwendigen Rechte verfügen, das heisst, alle ausser Agenturmeldungen und sowie Gastbeiträgen, dürfen Sie kostenlos kopieren und auf Ihrer Website oder in einem anderen Medium publizieren.

Bitte beachten Sie folgende Punkte:

Die Artikel unterliegen der Creative Commons BYNCND 3.0 CH Lizenz und sind entsprechend gekennzeichnet. Ohne Kennzeichnung, darf der Artikel nicht weiter verwertet werden.

Artikel dürfen nicht bearbeitet werden und müssen – sofern der Artikel online publiziert wird – inklusive aller darin enthaltenen Links publiziert werden.

Die „Basler Liberale Nachrichten/Summarum“ muss als Quelle genannt und – wenn der Artikel online publiziert wird – auf den Originalartikel verlinkt werden.

Autorenzeile muss lauten:
Name des Autors: xxx,
Quelle: „Basler Liberale Nachrichten/Summarum“.

Bilder und Grafiken dürfen verwendet werden.

Nicht zugelassen:
„Basler Liberale Nachrichten/Summarum“
Artikel dürfen nicht systematisch oder automatisiert kopiert werden.

„Basler Liberale Nachrichten/Summarum“ Artikel dürfen nicht für politische, religiöse, rassistische Kampagnen oder in Werbekampagnen eingesetzt werden.

„Basler Liberale Nachrichten/Summarum“ Artikel kommerzielle Nutzung nur in Absprache mit:

bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch

„Verein Basler Liberale Nachrichten und Themenmagazin Summarum“
Artikel darf nicht im Zusammenhang mit entsprechender themenbezogener Werbung eingesetzt werden.

Bitte kontaktieren Sie:

bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch

BLN 22. Februar 2018

Das Urheberrecht dieser und der Folgeseiten liegt, wenn nicht anders vermerkt:

„Verein Basler Liberale Nachrichten und Themenmagazin Summarum“

Basler Liberale Nachrichten - Verein
c/o Roland Keller, Postfach 1620
CH-4001 Basel / SCHWEIZ

License:
CC BY 3.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>

Sie dürfen:

Teilen — das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten
Bearbeiten — das Material remixen, verändern und darauf aufbauen und zwar für beliebige Zwecke, sogar kommerziell.

Der Lizenzgeber kann diese Freiheiten nicht widerrufen solange Sie sich an die Lizenzbedingungen halten.

Unter folgenden Bedingungen:

Namensnennung — Sie müssen angemessene Urheber und Rechteangaben machen,

- einen Link zur Lizenz beifügen und angeben,
- ob Änderungen vorgenommen wurden.

Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.

Hinweise:

Sie müssen sich nicht an diese Lizenz halten hinsichtlich solcher Teile des Materials, die gemeinfrei sind, oder soweit Ihre Nutzungshandlungen durch Ausnahmen und Schranken des Urheberrechts gedeckt sind.

Es werden keine Garantien gegeben und auch keine Gewähr geleistet.

Die Lizenz verschafft Ihnen möglicherweise nicht alle Erlaubnisse, die Sie für die jeweilige Nutzung brauchen. Es können beispielsweise andere Rechte wie Persönlichkeits und Datenschutzrechte zu beachten sein, die Ihre Nutzung des Materials entsprechend beschränken.

Haftungshinweis

Haftung im Gerichtsfall:
„Verein Basler Liberale Nachrichten und Summarum Magazine“,
haften ausschliesslich mit dem aktuellen Vereinsvermögen.
Mitglieder können nicht finanziell haftbar gemacht werden.

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben.
Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen.

Die Beiträge stellen ausschließlich die Meinungen der Verfasser bzw. Verfasserinnen dar.
Die Meinung muss nicht zwangsläufig diejenige der Redaktion wiedergeben.

Hinweis auf Cookies

Die „Basler Liberale Nachrichten/Summarum“ erstellt keine Tracker, Cookies und speichert keine Kundendaten auf ihrer Homepage.

BLN § Version 5/2018

Gotthard Frick

Economist & business administrator Dipl. „Sciences Po“ & Sorbonne, Paris.

**Sicherheitsbericht 2018
ohne Illusionen**